

Entwurf Landtagswahlprogramm 2016



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Vorwort

Rheinland-Pfalz ist ein reiches Land - aber jede fünfte Rheinland-Pfälerin und jeder fünfte Rheinland-Pfälzer verfügt praktisch über keine Sparrücklagen, Anlagen oder sonstiges Eigentum. Demgegenüber besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als alle anderen zusammen.

Jede siebte Rheinland-Pfälerin und jeder siebte Rheinland-Pfälzer verdient unterhalb der Armutsgrenze. Diese Zahl ist jahrelang gestiegen, wenn auch zuletzt nicht mehr so stark. Die vollmundigen Ankündigungen der rot-grünen Landesregierung, Armut bekämpfen und verringern zu wollen, haben sich als leere Versprechen erwiesen.

Leer sind auch die Kassen der meisten Städte und Landkreise – Städte und Kreise müssen sogar jedes Jahr erhebliche Schulden machen, um Schulen und Straßen, Gesundheitswesen, die soziale Sicherung, Kita-Bedienstete und Feuerwehr bezahlen zu können.

Der Not der leeren Kassen gehorchend – oder der eigenen Überzeugung folgend, dass privat angeblich besser als öffentlich-rechtlich ist – verkauften Land und Kommunen wesentliche Teile des öffentlichen Eigentums, wurden Gesundheitsdienstleistungen, die Alterssicherung und große Teile der Kulturlandschaft und der Wissenschaft ganz oder teilweise privatisiert. Am Ende wurden zahlreiche Angebote einfach gestrichen oder für die Bürgerinnen und Bürger teurer, teilweise sogar unbezahlbar.

Malu Dreyer und die SPD haben nach der Regierung Beck weder den versprochenen sozial-ökologischen Kurswechsel eingeleitet noch sonstige nennenswerte Impulse gesetzt und verwalten das Land nur noch mehr schlecht als recht.

Julia Klöckner und die CDU wollen diesen Kurs verschärfen: Weniger Bürgernähe und Daseinsvorsorge, mehr „Wenn jeder an sich denkt, ist für alle gesorgt“.

Käme es zu einer großen Koalition, wäre das die für unser Land denkbar schlechteste Lösung. SPD und CDU würden unter einer Ministerpräsidentin Julia Klöckner eine Politik gegen Normalverdiener und Rentnerinnen, Familien und Auszubildende vollstrecken, so wie es Helmut Kohl mit Steuergeschenken an Reiche und Unternehmen und Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 und Hartz IV im Bund getan haben.

42 Und wer grün wählt, könnte sich am Ende schwarz-grün ärgern: Denn Bündnis
43 90/Die Grünen sind längst zu einer Partei geworden, der der Machterhalt im Zweifel
44 am wichtigsten ist. Wie war das noch mit dem Hochmoselübergang vor der letzten
45 Landtagswahl? Die Grünen lehnten ihn ab - und sind eingeknickt. Auch wenn die
46 rheinland-pfälzischen Grünen sich heute gegen eine Brücke über den Mittelrhein
47 aussprechen - sobald Frau Klöckner und die CDU mit Ministerposten locken, ist das
48 nach der Landtagswahl voraussichtlich genauso Schnee von gestern wie 2011 die
49 Ablehnung der Hochmoselbrücke.

50
51 Auch ein rot-grünes „Weiter so“ ist keine Lösung für unser Land: Die rot-grüne
52 Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer verantwortet einige
53 bundesweit nahezu beispiellose Desaster: Der Nürburgring ist nach einigen hundert
54 Millionen Euro vergeudeter Steuergelder für den sprichwörtlichen „Appel und ein Ei“
55 privatisiert worden. Strukturförderung und Landesentwicklung finden am und um den
56 Ring nicht mehr statt. Die Flughäfen Hahn und Zweibrücken sind aus
57 unterschiedlichen Gründen ebenfalls Millionengräber, auch dort erhofft sich die
58 Landesregierung durch Verkauf ein Ende mit Schrecken statt des derzeitigen
59 Schreckens ohne Ende.

60
61 Die von der Landesregierung geplante Kommunalreform scheitert vor Gerichten und
62 an der mangelnden politischen Vorbereitung in den betroffenen Kommunen. Die
63 denkbar größte Klatsche kassierten Malu Dreyer und ihre Regierung, als der
64 Verfassungsgerichtshof des Landes die Kommunalfinanzierung rundweg für
65 verfassungswidrig erklärte. Bis heute bleibt die Landesregierung eine
66 gesetzeskonforme, auskömmliche und krisenfeste Finanzierung der Städte und
67 Gemeinden schuldig: Von den bundesweit zehn am höchsten verschuldeten Städten
68 kommen fünf aus Rheinland-Pfalz.

69
70 DIE LINKE bekennt sich zum Föderalismus, den wir als einen wichtigen Eckpfeiler der
71 Demokratie betrachten. Deswegen bleiben wir dabei, dass die sogenannten
72 Föderalismusreformen I und II, denen auch unsere Landesregierung zugestimmt hat,
73 eine schleichende Aushöhlung dieses Prinzips sind. Wir wollen stattdessen Länder
74 und Kommunen, die ihre verfassungsgemäßen Aufgaben wahrnehmen und das dafür
75 erforderliche Geld erhalten.

76
77 Auch in Rheinland-Pfalz rächt sich, dass die große Koalition in Berlin nach wie vor
78 nicht bereit ist, Steuern für Wohlhabende, große Unternehmen und
79 Finanzspekulant*innen zu erhöhen, um das Gemeinwesen und die Sozialversicherungen
80 zukunftssicher zu finanzieren. Mit der gleichzeitig von CDU und SPD auf
81 Bundesebene und in den Ländern eingeführten Schuldenbremse wird den
82 Öffentlichen Haushalten jeder Handlungsspielraum genommen: Die Einnahmen

83 werden nicht verbessert, die Ausgaben dürfen nicht steigen. So haben CDU und SPD
84 Handlungsunfähigkeit organisiert, so werden auch künftig wichtige öffentliche
85 Aufgaben nicht erfüllt werden können.

86 Die Schuldenbremse als Verfassungsauftrag - und damit auf der Stufe von
87 allgemeinen Menschenrechten - ist absurd und Ausdruck neoliberaler
88 Menschenverachtung. DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, die Schuldenbremse wieder
89 aus der rheinland-pfälzischen Landesverfassung zu streichen.

90

91

92 DIE LINKE will einen grundsätzlichen Politikwechsel, wir stehen nicht als
93 Mehrheitsbeschaffer für eine Politik zur Verfügung, die erkennbar nicht den
94 Interessen der Mehrheit der Menschen in unserem Lande dient.

95

96 DIE LINKE streitet für ein besseres, ein sozialeres, ein gerechteres Rheinland-Pfalz.
97 Wir wollen, dass alle Menschen einen fairen Anteil an dem Reichtum erhalten, der in
98 unserem Land erwirtschaftet wird. Wir wollen ein Land und Städte und Gemeinden,
99 die die wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge, der Bildung, der
100 Gesundheitsfürsorge und des Sozialstaates, der öffentlichen Sicherheit und des
101 Umweltschutzes, der Mobilität und der Kultur tatsächlich übernehmen können. Dafür
102 braucht es Geld. DIE LINKE macht deshalb seit Jahren im Bundestag und in den
103 Ländern Vorschläge, wie die anstehenden Aufgaben finanziert werden können, ohne
104 die Steuerlast für die große Mehrzahl der Menschen zu erhöhen und ohne die
105 Unternehmen in den Ruin zu treiben. Alleine die Wiederherstellung einer
106 Steuerstruktur, wie sie zu Zeiten des rheinland-pfälzischen Bundeskanzlers Helmut
107 Kohl Realität war, würde den Bundesländern 25,6 Milliarden Euro Mehreinnahmen
108 bringen. Der Bund könnte rund 31 Milliarden Euro mehr einnehmen und auch die
109 Kommunen würden mit gut 17 Milliarden Euro profitieren. Viel von dem, was wir
110 heute als „alternativlosen Sparzwang“ diskutieren, ist nichts anderes als der
111 Einnahmeverzicht der Öffentlichen Haushalte. Sparsam wirtschaften ist gut - aber
112 dies kann kein Ersatz für auskömmliche Einnahmen sein. Kein Unternehmen überlebt
113 Dumpingpreise für seine Produkte auf Dauer - das gleiche gilt für unser
114 Gemeinwesen: Staatliche Leistungen sind nur dann finanzierbar, wenn die Einnahmen
115 stimmen.

116

117 Unser Land hat großes Potenzial: Die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien,
118 der sozial-ökologische Umbau der Industriegesellschaft, sanfter Tourismus in einer
119 einmaligen Wein-, Kultur- und Naturlandschaft und die zivile Nutzung der Militärbasen
120 sind nur einige Beispiele für sinnvolle politische Projekte, die wirtschaftliche
121 Entwicklung, Mensch, Natur und Umwelt miteinander in Einklang bringen und unser
122 Land für die Zukunft aufstellen. Denn Rheinland-Pfalz geht dann besser, wenn ein
123 politisches Umdenken einsetzt, gescheiterte Konzepte und Herangehensweisen

124 beendet und neue Wege beschritten werden. Dafür braucht es eine starke LINKE im
125 Landtag. Wir sind die politische Alternative zum politischen Einerlei der anderen
126 Parteien.

127

128 Wir laden alle Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer und die vielen
129 außerparlamentarischen Gruppen und Bewegungen ein, am 13. März 2016 für einen
130 wirklichen Politikwechsel in Rheinland-Pfalz zu stimmen: Jede Stimme für DIE LINKE
131 stärkt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der sozial
132 Benachteiligten, der jungen Menschen und der Rentnerinnen, Rentner und der
133 Menschen, die ambulante oder stationäre Pflegedienstleistungen benötigen.
134 Jede Stimme für DIE LINKE stärkt die Gewerkschaften, die Friedensbewegung und
135 die Kommunen unseres Landes.

136

137 Für Gute Arbeit, Frieden, soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie:

138

139 DIE LINKE in den Landtag!

140 **Dafür steht DIE LINKE – in Rheinland-Pfalz und bundesweit**

141

142 **1) Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente**

143

144 DIE LINKE kämpft für gute, existenzsichernde Arbeit. Das Land darf Aufträge nur an
145 Unternehmen vergeben, die Tariflöhne zahlen und die Mitbestimmung der
146 Belegschaften umsetzen. Wir wollen mehr Mitbestimmung durch Betriebs- und
147 Personalräte, weniger mitbestimmungsfreie Betriebe und unterstützen die
148 Gewerkschaften auch mit parlamentarischen Initiativen, dies zu erreichen. Ebenso
149 wie die Einhaltung des Mindestlohns muss das kontrolliert werden. Denn faire Löhne
150 verhindern Altersarmut und sichern die Rente.

151

152 **2) Soziales und Gesundheit, Medien und Kultur**

153

154 Armut von Kindern und Jugendlichen ist der dramatischste Ausdruck der sozialen
155 Schieflage in Deutschland und ein gesellschaftlicher Skandal. In Rheinland-Pfalz lebt
156 fast jedes fünfte Kind unter 15 Jahren unterhalb der Armutsgrenze: Hartz IV ist Armut
157 per Gesetz und muss deshalb weg! Wir wollen stattdessen eine sanktionsfreie,
158 armutsfeste Mindestsicherung. DIE LINKE will ein gerechtes Gesundheitssystem für
159 alle. Grundlage dafür ist die solidarische Bürgerversicherung, in die jede und jeder
160 einzahlt und die für alle die nötigen medizinischen und pflegerischen Leistungen
161 übernimmt. Wir wollen den Bildungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
162 stärken, die Gebühren stabil halten und die Kulturförderung des Landes und der
163 Städte und Kreise ausbauen.

164

165 **3) Bildung, KiTa und Familie**

166

167 DIE LINKE will gute, kostenfreie und für alle zugängliche Bildungsangebote von der
168 Krippe über die Ausbildung, das Studium bis hin zur lebenslangen Weiterbildung.
169 KiTas müssen qualitativ weiter entwickelt werden, wir wollen das gemeinsame Lernen
170 aller Kinder bei individueller Förderung bis zur 10. Klasse: Eine Schule für alle mit
171 Ganztagsangebot und kostenloser Hausaufgabenbetreuung bis Klasse 10. Wir wollen,
172 dass die Beschäftigten im Bildungswesen endlich angemessen bezahlt werden und
173 unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften im Kampf um bessere Löhne und
174 Gehälter. Familie ist da, wo Kinder sind, dort muss Förderung ansetzen.
175 Überkommene Rollenbilder lehnen wir ab, weder Staat noch Kirchen haben das
176 Recht, Lebensformen vorzuschreiben oder zu zementieren.

177

178 **4) Wohnen, Bus und Bahn, Verkehr**

179

180 DIE LINKE will landesweit den ticketlosen Nahverkehr, finanziert aus Steuermitteln

181 und einer Haushaltsabgabe, ähnlich wie bei Wasser und Abwasser. In ländlichen
182 Regionen müssen Busse so verkehren, dass das Auto nicht länger zwingende
183 Notwendigkeit bleibt. Wir wollen bedarfsorientierte Rufsysteme mit kleinen
184 Fahrzeugen fördern und das Lohndumping bei Busfahrern beenden. Statt
185 größtenwahnsinniger Neubauprojekte wollen wir bestehende Straßen erneuern, wo
186 dies nötig ist – so, wie es der Landesrechnungshof mit Recht fordert: Erhalt geht vor
187 Neubau.

188

189 **5) Ökologie, Landwirtschaft**

190

191 Neue Kohlekraftwerke und Müllverbrennungsanlagen wird es mit der LINKEN nicht
192 geben. Wir fördern stattdessen Müllvermeidung und den Ausbau der stofflichen
193 Wiederverwertung. Wir wollen eine umweltverträgliche Landwirtschaft, die ihren
194 Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und beim Erhalt der
195 Kulturlandschaft leistet. Deshalb müssen Landwirte auch als Familienbetriebe von
196 ihrer Arbeit leben können. Fracking wollen wir grundsätzlich untersagen. Wir wollen
197 vorhandene Potenziale beim Anbau nachwachsender Rohstoffe nutzen und lehnen die
198 Ausweitung von Weinanbauflächen ab.

199

200 **6) Finanzen und Wirtschaft, Digitalisierung**

201

202 Die Schuldenbremse in der derzeitigen Form stranguliert das Land. Haushaltspolitik
203 und Wirtschaft sollen den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Gute
204 Arbeitsplätze brauchen eine funktionierende und florierende Unternehmensstruktur.
205 Dafür bauen wir auf den Mittelstand und nicht zuallererst auf Großunternehmen. Die
206 digitale Erschließung unseres Landes muss absolute Priorität haben und darf nicht
207 länger vor allem Aufgabe des Bundes und der Kommunen bleiben. Wir wollen eine
208 demokratische Wirtschaftsordnung, dazu gehört die Beteiligung der
209 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihren Unternehmen, die Förderung von
210 Genossenschaften und die Rekommunalisierung zentraler Unternehmen der
211 Daseinsvorsorge (Strom, Wasser, Wohnen), die bereits privatisiert worden sind.

212

213 **7) Energiewende**

214

215 DIE LINKE will den Atomausstieg unumkehrbar machen und wir fördern deswegen die
216 erneuerbare Energien. Ohne die dezentrale Nutzung von Windkraft ist die
217 Energiewende undenkbar, deswegen befürworten wir solche Anlagen an dazu
218 geeigneten Standorten, vorzugsweise in öffentlich-rechtlichen oder
219 genossenschaftlichen Eigentumsformen. Wir wollen auch in Rheinland-Pfalz die
220 bisherige Monopolstellung der Energiekonzerne brechen und Erzeugung, Transport
221 und Energieverteilung öffentlich-rechtlich und damit demokratisch organisieren. Wir

222 befürworten bis zur Klärung der Risiken für Mensch, Natur und Umwelt ein
223 Moratorium für die Nutzung von Geothermie.

224

225 **8) Demokratie und Teilhabe, Recht und Justiz**

226

227 Wir setzen uns für den Ausbau der Bürgerrechte und die Absenkung der Hürden bei
228 Bürgerentscheiden ein. Wir vertreten das Recht auf politischen Streik und wollen das
229 Wahlalter auf allen Ebenen auf 16 Jahre senken. Demokratie ist friedlicher
230 Interessenausgleich, deswegen wollen wir mehr Demokratie wagen.

231 Recht zu bekommen ist zunehmend eine Frage des Geldbeutels: Wir wollen, dass
232 insbesondere die finanziellen Hürden bei Verwaltungsgerichts- und
233 Sozialgerichtsverfahren wieder gesenkt werden.

234

235 **9) Integration und Flüchtlinge**

236

237 DIE LINKE steht an der Seite aller Menschen, die Fremdenfeindlichkeit und
238 Rassenhass bekämpfen. Wir wollen allen Menschen, die politisch, aus Gründen des
239 Geschlechts, des Alters, des sozialen Status ´, der Weltanschauung, der Religion der
240 ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund von
241 Behinderungen verfolgt werden, bei uns Schutz bieten, so wie es das Grundgesetz
242 verlangt. Bund und Land müssen deshalb erheblich mehr Geld bereitstellen, damit
243 unsere Städte und Gemeinden den derzeit wachsenden Anforderungen gewachsen
244 sind.

245

246 **10) Frieden und Europa**

247

248 DIE LINKE ist die einzige Partei, die kompromisslos für Frieden steht. Wir befürworten
249 multilaterale Sicherheitskonzepte auf gleichberechtigter Basis und wollen die
250 Auslandseinsätze der Bundeswehr so schnell wie möglich beenden. Die in Büchel
251 stationierten Atomwaffen müssen abgezogen werden, Ramstein darf nicht länger in
252 die Struktur weltweiter Drohnenmorde einbezogen werden. Das Konzept der
253 Landesregierung zur Integration der Bundeswehr in Schulen steht dem Auftrag zur
254 Friedensbildung entgegen: Kein Werben für ´s Sterben!

255

256

257 **Deswegen am 13. März: DIE LINKE wählen!**

258

259 1) Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente

260

261 DIE LINKE will gute Arbeit, gute Löhne und gute Renten, deswegen dürfen öffentliche
262 Aufträge nur an tarifvertraglich gebundene Unternehmen mit existenzsichernden
263 Arbeitsplätzen vergeben werden. DIE LINKE fordert weiterhin einen gesetzlichen
264 Mindestlohn von 10 Euro, der regelmäßig mit dem Produktivitätsfortschritt erhöht
265 wird, die bisherigen Regelungen sind unzureichend. Leiharbeit muss bis auf
266 begründete Einzelfälle verboten werden und Zeitarbeit muss eine Ausnahme sein.
267 Dauerpraktika ohne Vergütung sollen abgeschafft und durch sinnvolle und
268 leistungsgerecht entlohnte Berufseinsteigerzeiten ersetzt werden. Jugend- und
269 familienfreundliche Betriebe, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, die
270 besonders gut ausbilden, sind vom Land zu unterstützen – vor allem in den strukturell
271 benachteiligten Regionen.

272 Aktive Arbeitsmarktpolitik muss auf existenzsichernde und tariflich absicherte
273 Arbeitsplätze orientiert sein. Deshalb fordert DIE LINKE eine auf regionale
274 Besonderheiten abgestimmte Politik, die auch in strukturell benachteiligten Gebieten
275 möglichst viele gute Arbeitsplätze erhalten und zusätzlich neue Arbeitsplätze
276 schaffen soll. Um der Landflucht entgegen zu wirken, müssen jungen Menschen vor
277 Ort Perspektiven eröffnet werden: Ausbildung und Arbeitsplätze machen das Land
278 attraktiv. Dies erfordert einen regionalisierten Landesentwicklungsplan für aktive
279 Arbeitsmarktpolitik.

280 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit u. ä. führen nicht zu
281 guten Arbeitsplätzen. Wer von Erwerbslosigkeit und Armut betroffen ist, muss endlich
282 wieder einzelfallbezogene, sanktionsfreie, soziale und materielle Unterstützung
283 bekommen, die den Wiedereinstieg in die Arbeit unterstützt und ein
284 diskriminierungsfreies Leben und uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft
285 möglich macht. Um Massenaltersarmut zu vermeiden, muss die Landesregierung sich
286 endlich gegenüber dem Bund dafür engagieren, das Rentenalter frei von Abschlägen
287 und Kürzungen auf 65 Jahre zurückzuführen.

288 Die mit der Agenda 2010 eingeführten Verschlechterungen sind daher aufzuheben.
289 Denn nach dem Arbeitsleben oder nach Eintreten dauerhafter Berufs- oder
290 Arbeitsunfähigkeit muss man ohne Einbußen an Lebensqualität und gesellschaftlicher
291 Teilhabe von der Rente leben können. Die gesetzliche Grundversorgung der
292 Menschen, deren Rentenansprüche dazu nicht ausreichen, ist bedarfsgerecht,
293 solidarisch und sozial zu gestalten.

294 Die „Arbeitsmarktreformen“ der letzten Jahre haben zu Armutslöhnen, Hartz-IV-
295 Aufstockern, einer Zunahme der prekären Beschäftigung, dem Rückgang der
296 Lohnquote und zur Erosion des Tarifgefüges geführt. Letztendlich dienen die „Hartz-
297 Gesetze“ dazu Stammbeschaften zum Verzicht auf Arbeitnehmerrechte, Lohn- und
298 Gehaltszuwächse oder Vergütungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu zwingen.
299 Das sogenannte Tarifeinheitsgesetz ist verfassungswidrig und muss sofort außer

300 Kraft gesetzt werden. Es hindert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der freien
301 Auswahl ihrer Arbeitnehmervertretung, gefährdet die Tarifautonomie und die Existenz
302 kleinerer Gewerkschaften.

303 Jede vierte Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz arbeitet momentan
304 in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Arm trotz Arbeit – darunter leiden auch in
305 Rheinland-Pfalz mehr und mehr Menschen. Rund ein Viertel der abhängig
306 Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitet in sogenannten „atypischen“
307 Beschäftigungsformen – mit weiterhin steigender Tendenz. Hierzu gehören die
308 befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger
309 Stunden. Das von Bundes- und Landesregierung gepriesene „Jobwunder“ und die
310 gesunkene Arbeitslosenquote verschleiern den Blick auf die Wirklichkeit: Neue
311 Arbeitsplätze sind auch in Rheinland-Pfalz fast ausschließlich dadurch entstanden,
312 dass reguläre Beschäftigungsverhältnisse in Mini- und Midi-Jobs gesplittet wurden.
313 Wo früher eine Arbeitnehmerin oder ein Arbeitnehmer in Vollzeit beschäftigt war,
314 arbeiten heute mehrere Mini-Jobber oder Teilzeitbeschäftigte. Dies widerspricht
315 unserem Grundsatz, dass Arbeit existenzsichernd sein muss. Dieser Grundsatz
316 unterstreicht nicht nur den sozialen Charakter unserer Arbeitsmarktpolitik, sondern
317 hat auch wirtschaftliche Gründe: Volkswirtschaftlich betrachtet sind prekäre
318 Beschäftigungsverhältnisse in besonderem Maße unproduktiv, denn sie müssen über
319 indirekte Lohnzuschüsse aus Steuermitteln aufgestockt werden und bringen keine
320 entsprechenden Rückflüsse in die sozialen Sicherungssysteme. Dies gefährdet
321 langfristig und dauerhaft die Finanzierung von Renten, Kranken-, Arbeitslosen- und
322 Pflegeversicherung.

323 Unabhängig von Krisen und Konjunkturaufschwüngen sind in Rheinland-Pfalz viele
324 Menschen arbeitslos, oft auf Dauer. Insbesondere in den strukturschwachen
325 Regionen in der Westpfalz, im Hunsrück, der Eifel und im Westerwald ist die
326 Arbeitslosigkeit zum Teil dramatisch. Gleichzeitig wird gesellschaftlich notwendige
327 Arbeit nicht getan, weil sie keinen finanziellen Profit abwirft. Dem wirkt ein öffentlich
328 geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) entgegen. Er bietet insbesondere
329 Langzeitarbeitslosen, gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern
330 und älteren Arbeitssuchenden eine Perspektive. Forderungen und Vorschläge zur
331 Entwicklung dauerhaft öffentlich finanzierter Beschäftigung wurden vom Deutschen
332 Gewerkschaftsbund (DGB), Einzelgewerkschaften des DGB, dem Diakonischen Werk
333 der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Arbeiterwohlfahrt und vielen weiteren
334 Institutionen und Verbänden gemacht. Der öffentlich geförderte
335 Beschäftigungssektor (ÖBS) ist ein neues Segment zwischen Staat und Markt, das
336 durch öffentliche Nachfrage und private Initiative geschaffen wird. Der öffentlich
337 geförderte Beschäftigungssektor ist kein zweiter oder dritter Arbeitsmarkt, denn im
338 Gegensatz zu deren instabilem, befristetem und diskriminierendem Charakter sollen
339 dort Beschäftigungsverhältnisse entstehen, die auf Dauer angelegt sind und nach
340 Tarif bezahlt werden. Mit dem ÖBS wird ein neuer ziviler Sektor zwischen Produktion

341 und Dienstleistung installiert, der sich an gemeinwirtschaftlichen Zielen und am
342 Gemeinwohl der Menschen orientiert. Er soll sich vor allem der Arbeit annehmen, die
343 ungetan bleibt, weil sie keinen Profit abwirft.

344 Unzählige Aufgaben im sozialen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, im Kultur-
345 und Freizeitbereich sowie bei der ökologischen Sanierung können so erledigt werden,
346 womit der ÖBS das Spektrum der öffentlichen Dienstleistungen insgesamt erweitern
347 und damit der Verschlechterung des ökologischen, sozialen und kulturellen Standards
348 in unserer Gesellschaft entgegenwirken kann. Die öffentliche Infrastruktur ist ebenso
349 erneuerungsbedürftig wie das Netz der sozialen und kulturellen Dienstleistungen. Der
350 ÖBS leistet damit nicht nur einen Beitrag zur sozialen und ökologischen
351 Umgestaltung der Industriegesellschaft, sondern auch zu Veränderung unserer
352 gesamten Lebensweise.

353 Mit der Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit 8.000
354 tariflich abgesicherten Dauerarbeitsplätzen sollen insbesondere in Gebieten mit
355 hoher und dauerhaft anhaltender struktureller Erwerbslosigkeit Perspektiven für
356 Langzeiterwerbslose geschaffen werden. Der ÖBS soll sich dabei auf die Schaffung
357 von Arbeitsplätzen in Bereichen beschränken, die aus betriebswirtschaftlichen
358 Gründen nicht von der Privatwirtschaft abgedeckt werden, weil Profite nicht oder
359 kaum erwirtschaftet werden können. Arbeitsplätze im ÖBS sollen zusätzlich und von
360 öffentlichem Interesse im Sinne des Gemeinwohls sein. Die Finanzierung des ÖBS
361 erfolgt aus Steuergeldern, Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF),
362 Eigenfinanzierungsanteilen und Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit. Passivleistungen
363 wie das Arbeitslosengeld II (ALG II) sind dafür gesetzlich als Finanzierungsmöglichkeit
364 der aktiven Arbeitsförderung zuzulassen, wenn grundsätzlich ALG-II-Berechtigte im
365 ÖBS beschäftigt werden. Dafür soll sich das Land Rheinland-Pfalz erneut im
366 Bundesrat einsetzen, nachdem bisherige Bemühungen gescheitert sind. Ziel muss ein
367 gemeinsamer Gesetzesentwurf der Länder zur Aktivierung von Passivleistungen sein.

368
369 DIE LINKE Rheinland-Pfalz sieht im Erhalt und der Schaffung existenzsichernder
370 Arbeitsplätze, im sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, einer sich selbst
371 tragenden wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie in der gleichberechtigten
372 Teilhabe aller am Arbeitsmarkt die grundlegenden Ziele der Wirtschaftspolitik. Die
373 Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz ist kleinteilig, die meisten Unternehmen haben
374 weniger als zehn Beschäftigte, Wirtschaftsförderung muss sich nicht zuletzt deshalb
375 auf solche Unternehmen konzentrieren, weil sie mit Abstand die meisten
376 Ausbildungs- und Arbeitsplätze bereitstellen.

377
378 Das besondere Kirchenarbeitsrecht halten wir für nicht mehr zeitgemäß und werden
379 entsprechende bundespolitische Initiativen zur Gleichstellung aller
380 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsrecht unterstützen. Da die
381 grundsätzliche Wählbarkeit aller Beschäftigten in Betriebs- und Personalräte zu den

382 zentralen Punkten einer gerechten Personalvertretung gehört, setzen wir uns
 383 gegenüber den Kirchenvertretungen nachdrücklich für eine Abschaffung der
 384 sogenannten ACK-Klausel ein.

385 Wir sehen für Rheinland-Pfalz bei einer entsprechenden Politik gute Chancen,
 386 Vorreiter für ein nachhaltiges Wirtschaften zu werden. Dabei geht es im Kern um
 387 Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und Förderung regionaler
 388 Wertschöpfung sowie die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und
 389 Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor
 390 allem in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge,
 391 Kultur und im Tourismus. Langfristige Potenziale sehen wir vor allem in den wissens-
 392 und forschungsbasierten Bereichen.

393

394

395 **DIE LINKE in Rheinland-Pfalz fordert:**

396

397 • **10 Euro gesetzlicher Mindestlohn als grundsätzliche Voraussetzung für**
 398 **die Vergabe von öffentlichen Aufträgen in Land und Kommunen. Der**
 399 **Mindestlohn ist kontinuierlich an den Produktivitätsfortschritt**
 400 **einzupassen.**

401

402 • **Ein Vergabegesetz, das allgemeinverbindlichen Tarifverträgen Vorrang**
 403 **einräumt, wenn diese höhere Löhne als den Mindestlohn im**
 404 **Vergabegesetz vorsehen.**

405

406 • **Leih- und Zeitarbeit auf ein Mindestmaß zu beschränken und**
 407 **Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter mit mindestens 110 Prozent des**
 408 **Tariflohns zu vergüten. Dies schafft Anreize, Leih- und Zeitarbeit auf**
 409 **saisonale Auftragsspitzen zu beschränken.**

410

411 • **verbesserten Kündigungsschutz und das gesetzliche Verbot**
 412 **sachgrundloser Befristungen von Arbeitsverträgen und von**
 413 **Dauerpraktika ohne Vergütung**

414

415 • **die Einführung von leistungsgerecht entlohnten Berufseinsteigerzeiten**
 416 **als Ersatz für berufliche und studentische Praktika (Dauerpraktika).**
 417 **Betriebliche Praktika werden auf die schulischen Erfordernisse und für**
 418 **Schülerinnen und Schüler vorgeschriebenen Zeiten beschränkt.**

419

420 • **einen regionalisierten Landesentwicklungsplan für aktive**
 421 **Arbeitsmarktpolitik und Bedarfsermittlung im öffentlich geförderten**
 422 **Beschäftigungssektor**

423

424 • **Ein Aktionsprogramm für 8.000 tarifliche Dauerarbeitsplätze im**
 425 **Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS)**

426

427 • die Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger und aller Einkunftsarten in die
 428 gesetzliche Rentenversicherung

429 • die schrittweise Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze und ihre langfristige
 430 Abschaffung

431 • die Rücknahme der Rente mit 67 und die Streichung von Kürzungsfaktoren

432 • **die solidarisch finanzierte, bedarfsorientierte Mindestrente**

433

434

435 **2) Soziales und Gesundheit, Medien und Kultur**

436

437

438 **Kinderarmut bekämpfen**

439 Armut ist der dramatischste Ausdruck der sozialen Schieflage in Deutschland und
 440 gerade die Verarmung von Kindern und Jugendlichen ist ein Skandal. Während das
 441 Vermögen der Reichen immer weiter wächst, lebt fast jedes fünfte Kind in Rheinland-
 442 Pfalz in Armut. Diesen Kindern und vielen Jugendlichen ist gesunde Ernährung, gute
 443 Kleidung, ausreichender Wohnraum, Teilhabe an Bildung und sinnvoller
 444 Freizeitgestaltung verwehrt oder nur sehr eingeschränkt gewährleistet. Mit Recht
 445 haben viele Kinder das Gefühl, von einer reichen Gesellschaft benachteiligt und um
 446 elementare Rechte betrogen zu werden.

447 Da unser Bildungssystem auf Ausgrenzung setzt und nicht alle Kinder gemäß ihren
 448 Fähigkeiten und Schwächen fördert, haben Kinder aus armen Familien erheblich
 449 schlechtere Chancen, einen guten Schulabschluss zu erreichen oder gar studieren zu
 450 können.

451 Die Armut der Eltern ist die Armut ihrer Kinder, nach wie vor wird in vielen Familien
 452 Armut in die nächste und übernächste Generation weiter vererbt. DIE LINKE
 453 Rheinland-Pfalz wird sich deshalb für ein flächendeckendes System kommunaler
 454 Schulbeihilfen für benachteiligte Kinder und Jugendliche einsetzen. Darüber hinaus
 455 können Sozialtarife bei der Energieversorgung für eine finanzielle Entlastung armer
 456 Familien sorgen. Dazu sollen die rheinland-pfälzischen Energieversorger gesetzlich
 457 verpflichtet werden. Kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe für arme Kinder kann
 458 gewährleistet werden, in dem alle Kinder bis 16 Jahre grundsätzlich freien Eintritt zu
 459 Freizeit- und Kultureinrichtungen erhalten. Alle Kinder und Jugendlichen sollen in
 460 KiTa, Schule und Ausbildung ein kostenloses Mittagessen erhalten. DIE LINKE
 461 Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, die Auswirkungen von Kinderarmut zu
 462 lindern und die soziale Absicherung, insbesondere von jungen Menschen in
 463 Ausbildung, zu garantieren. Wir schlagen die Einführung eines

464 Landesausbildungsentgeltes zur Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungen vor. Auf
465 Bundesebene fordern wir eine Kindergrundsicherung, die Anhebung des
466 Kindergeldes, die Einführung eines Mindestausbildungsentgeltes und eine
467 repressionsfreie und existenzsichernde Grundsicherung für junge Menschen.
468 Zentrales Instrument einer landesweiten Jugendsozialpolitik ist die Stärkung und
469 bedarfsgerechte Ausstattung der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und
470 Jugendsozialarbeit, welche für uns zur Daseinsvorsorge gehören.

471

472 **Zukunftsfeste Renten**

473 Heute erreichen immer mehr Männer und Frauen ein hohes Alter und sind nach dem
474 Ausscheiden aus dem Beruf länger gesund, aktiv und autonom. Dies ist eine der
475 großen Leistungen der Zivilisation und ein gesellschaftlicher Reichtum, der bewahrt
476 und gestärkt werden muss.

477 Dem gegenüber sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner arm: Nach einer Studie
478 des VdK muss die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner in Rheinland-Pfalz schon
479 heute mit weniger als 710 Euro Altersrente auskommen. Diese Situation wird sich in
480 den kommenden Jahrzehnten noch deutlich verschärfen.

481 DIE LINKE steht für ein anderes Bild des Alters und Alterns: Menschen werden als
482 aktive, mitverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger angesprochen. Ganz
483 entschieden tritt DIE LINKE Vorstellungen entgegen, Jugend und Jugendlichkeit sei
484 per se eine höher zu bewertende Eigenschaft als Alter und Lebenserfahrung. Dieses
485 von der profitorientierten Konsumgesellschaft entworfene Zerrbild hat zu einer
486 Altersdiskriminierung bisher unbekanntes Ausmaßes geführt. Das Interesse Älterer
487 am gesellschaftlichen Engagement und die darin liegenden Potenziale des Alters für
488 die Gesellschaft müssen zum Tragen kommen und werden in allen gesellschaftlichen
489 Bereichen dringend benötigt. Alter ist ein Lebensabschnitt mit eigenständigen
490 Bedürfnissen, Ansprüchen, Vorstellungen und Erlebnismöglichkeiten. Die Politik muss
491 die Rahmenbedingungen sicherstellen, in denen Ältere aktiv sein können. Dazu
492 gehört die Absicherung der Gesundheitsversorgung, der Sozialstruktur und
493 Barrierefreiheit ebenso wie die Möglichkeiten aktiver Teilhabe.

494

495 **Gesundheit ist keine Ware**

496 DIE LINKE will die Gesundheitsversorgung in Stadt und Land mit allen präventiven,
497 therapeutischen, palliativen und nachsorgenden Diensten in guter Qualität für alle
498 flächendeckend sicherstellen. Ein demokratisches, öffentlich-rechtliches
499 Gesundheitssystem soll ausschließlich den Menschen dienen und sie unabhängig von
500 Herkunft, Einkommen und gesellschaftlichem Status behandeln. DIE LINKE lehnt
501 deshalb Zwei-Klassen-Medizin, Gewinnmaximierung auf Kosten der Patienten und den
502 kontraproduktiven Träger- und Berufsständeegoismus ab. Dem drohenden Ärzte- und
503 Fachärztemangel, besonders im ländlichen Bereich, muss durch den Aufbau
504 medizinischer Versorgungszentren und der notwendigen Transportmöglichkeiten

505 entgegengewirkt werden. Die Mehrheit der gesetzlich Versicherten darf nicht zu
506 Gunsten von gewinnbringenden Privatpatienten nachrangig oder schlechter
507 behandelt werden. Wir stehen für den Erhalt und die gesicherte Finanzierung der
508 Krankenhäuser unter kommunaler Verantwortung und lehnen weitere
509 Klinikschließungen und die weitere Ausbreitung von privaten Krankenhausketten
510 kategorisch ab. Gesundheit ist keine Ware und kein Betätigungsfeld für
511 Gewinninteressen, sondern gehört zu den originären und nicht abtretbaren
512 Pflichtaufgaben des Staates. Das Konkurrenzverhalten so genannter „freier Träger“
513 im Rettungs- und Krankentransportwesen beeinträchtigt in unverantwortlicher Art
514 und Weise die schnelle und effektive Versorgung von Kranken und Unfallopfern. Auch
515 in diesem Bereich strebt DIE LINKE Rheinland-Pfalz eine Rekommunalisierung und
516 Rücknahme der Privatisierung an. Wir verlangen die grundsätzliche Neuordnung und
517 Demokratisierung des Gesundheitswesens und die landesgesetzliche Schaffung
518 demokratischer Strukturen vor Ort und in den Regionen auf Basis unmittelbar zu
519 wählender Mitbestimmungsorgane.

520

521 **Zweiklassen-Medizin abschaffen**

522 DIE LINKE kämpft für die Rechte der Patienten und Versicherten. Bestrebungen zur
523 Rationalisierung und Kommerzialisierung im Gesundheitssystem erteilen wir eine
524 klare Absage. Wir wollen den solidarischen Charakter der gesetzlichen
525 Krankenversicherung erhalten und ausbauen. Die in Deutschland herrschende Zwei-
526 Klassen-Medizin kritisieren wir auf das Schärfste. Wir wollen, dass jeder alle
527 medizinisch notwendigen Leistungen von der Krankenkasse bezahlt bekommt. Jeder
528 Mensch hat das Recht, in seiner Region medizinische und pflegerische Betreuung zu
529 erhalten; die Unterversorgung der ländlichen Gebiete werden wir bekämpfen. Das
530 ganze Gesundheitssystem darf nicht dem Diktat des Profits unterworfen werden, es
531 ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Finanzierung muss solidarisch und nach
532 dem Umlageprinzip erfolgen.

533 Die Preise für Arzneimittel dürfen sich nicht am maximalen Profit orientieren. Wir
534 brauchen eine unabhängige, bedarfsorientierte und transparente Forschung. Alle
535 Studienergebnisse müssen öffentlich gemacht werden. Medizinische
536 Versorgungszentren sind keine Profitcenter von Unternehmen und Freiberuflern. Eine
537 flächendeckende, in angemessener Zeit erreichbare Versorgung mit Arztpraxen und
538 Krankenhäusern ist zu gewährleisten. Die Integrierte Versorgung nach dem Vorbild
539 von Polikliniken und bereits bestehenden medizinischen Versorgungszentren muss
540 weiter entwickelt, kommunale Gesundheitsdienste müssen ausgebaut werden.
541 Privatisierungen und Teilprivatisierungen der kommunalen Krankenhäuser und
542 Kliniken lehnen wir kategorisch ab!

543 Die Krankenhausfinanzierung seitens des Landes ist deutlich zu erhöhen und
544 bedarfsgerecht auszubauen. Die Versorgung im Bereich der Krankenhäuser ist in
545 Rheinland-Pfalz regional stark unterschiedlich. Insbesondere auf dem Land ist die

546 Bettenzahl pro 100.000 Einwohner oft deutlich geringer als in der Stadt. In einigen
547 Kreisen ist die notärztliche Versorgung nur noch mit dem Hubschrauber aus der
548 nächsten Stadt möglich. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es einen klaren Trend zu
549 großen, privatwirtschaftlich betriebenen Krankenhäusern. Die Zahl der kleinen und
550 kommunal betriebenen Krankenhäuser wurde hingegen kontinuierlich verringert. Es
551 besteht die Gefahr, dass in strukturschwachen Gebieten die flächendeckende
552 Versorgung mit allen Leistungen nicht mehr gewährleistet werden kann.
553 Privatisierungen und Teilprivatisierungen lehnen wir deswegen ab!
554 Um dem wachsenden Problem des Landarztmangels zu begegnen, schlägt DIE LINKE
555 eine Bündelung aller Programme auf Bundes-, Landesebene und der Krankenkassen
556 vor, um in Bedarfsregionen die Anschubfinanzierung für die Gründung von
557 medizinischen Versorgungszentren oder Landarztpraxen zu gewährleisten. Gerade
558 im ländlichen Bereich sind Hebammen ein unabdingbarer Bestandteil der
559 Gesundheitsversorgung und unersetzlich für die Betreuung von schwangeren Frauen.
560 Das Betätigungsfeld der Hebammen ist bei weitem nicht auf die reine Geburtshilfe
561 beschränkt, sondern umfasst die gesamte Vor- und Nachsorge Schwangerer.
562 Hebammenleistungen werden so niedrig vergütet, dass die Hebammen bereits durch
563 geringe Kostensteigerungen an den Rand ihrer Existenz gedrängt werden. Insgesamt
564 ist ein ganzer Berufsstand qualifizierter und hochmotivierter Hebammen und
565 Entbindungspfleger existenziell gefährdet. Schon lange Zeit weisen die Hebammen
566 auf ihre missliche finanzielle Situation und die enormen Belastungen durch steigende
567 Haftpflichtprämien hin. DIE LINKE Rheinland-Pfalz wird sich dafür einsetzen, dass die
568 Versicherungspflicht für Hebammen sozial verträglich gestaltet wird und ihre
569 Leistungen angemessen vergütet werden.

570

571 **Menschenwürdige Pflege**

572 Wir wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen
573 ausgerichtete Pflege und Betreuung organisieren und sie gerecht und solidarisch
574 finanzieren. Wer die Finanzierung in Gesundheit und Pflege anspricht, darf von
575 Lohndrückerei – besonders in der Pflege – nicht schweigen. Wir brauchen eine
576 ausreichende Finanzierung – und dazu gehören gerechte Löhne. Auffällig ist, dass
577 mehr als 40 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in sogenannten atypischen
578 Beschäftigungsverhältnissen tätig sind: Minijobs und Teilzeitstellen sind auf dem
579 Vormarsch. In den „Gesundheitsberufen“ sind, wenn man von den Ärzten absieht,
580 überwiegend Frauen tätig. Wir brauchen mehr Stellen in der Pflege und eine spürbare
581 Aufwertung des Berufsbildes. Der Beruf der Pflegerin bzw. des Pflegers muss mehr
582 Anerkennung erhalten und höhere Löhne für die Beschäftigten bedeuten. Der Bedarf
583 an Pflegekräften wird in den nächsten Jahren stark ansteigen. Die vorhandenen
584 Bemessungsinstrumente reichen nicht aus. Wir setzen uns für einen höheren
585 Fachkräfteschlüssel in der Pflege und die Gewährleistung hoher Qualitätsstandards
586 ein. Notwendig sind eine qualitativ und quantitativ ausreichende Zahl von

587 Pflegefachkräften und die Überarbeitung der Ausbildungsinhalte, bei denen das
 588 Qualitätsmanagement in den Mittelpunkt rücken soll. Informationen über
 589 Pflegedienstleistungen sollen in sozialen Informationszentren gebündelt und kompakt
 590 an Interessierte und Angehörige weitergegeben werden.

591 DIE LINKE lehnt eine kapitalgedeckte Pflegeversicherung ab. Wir sind für den Erhalt,
 592 den Ausbau und die Weiterentwicklung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung.

593

594 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

595

- 596 ● eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder und Jugendlichen,
 597 welche Kinder- und Jugendarmut verhindert.
- 598 ● die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets zum festen Bestandteil der
 599 Leistungen für Kinder und Jugendliche zu machen - ohne zusätzliche
 600 Antragstellung. Nicht abgerufene Bundesmittel fließen in den Ausbau der
 601 Jugendhilfe-Infrastruktur oder in Jugendfreizeitprojekte
- 602 ● eine wesentlich bessere Finanzausstattung der Jugendhilfe
- 603 ● den Ausbau der Schulsozialarbeit und deren Förderung aus Landesmitteln
- 604 ● mehr Stellen im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen
 605 Ökologischen Jahres
- 606 ● die Förderung von Medizinstudierenden und Quereinsteigern, die sich für eine
 607 mehrjährige Tätigkeit auf dem Land verpflichtend entscheiden
- 608 ● einen flächendeckenden, kostenfreien Patientenbus, um kranken Menschen
 609 das Aufsuchen von medizinischen Versorgungszentren oder Fachärzten in
 610 größeren Städten oder Krankenhäusern zu ermöglichen
- 611 ● die Verbesserung der Gesundheitserziehung in den Kindertagesstätten und
 612 Schulen und den Ausbau von Beratungsangeboten für Erwachsene
- 613 ● einheitliche Standards zur Personalbemessung in der Pflege und eine deutliche
 614 Erhöhung des Personalschlüssels
- 615 ● Pflegestützpunkte in kommunaler Trägerschaft, gegebenenfalls in
 616 Zusammenarbeit mit Selbsthilfeeinrichtungen. An der Pflegeberatung sind
 617 weder die Kassen noch Anbieter von Pflegeleistungen zu beteiligen
- 618 ● 6-Wochen bezahlte Pflegezeit für Angehörige
- 619 ● das Prinzip »ambulant vor stationär« systematisch umzusetzen und die
 620 Beantragung von Pflegegeld zu und entbürokratisieren
- 621 ● den Ausbau der Förderung von generationenübergreifenden Wohnprojekten
- 622 ● die wohnortnahe geriatrische Rehabilitation sicherzustellen
- 623 ● Die Krankenhausmitfinanzierung der Kommunen ist in der Art neu zu gestalten,
 624 dass der in der Schlüsselzuweisung an die Landkreise und kreisfreien Städte
 625 enthaltene Pro-Kopf-Betrag vom Land direkt in die Krankenhausförderung
 626 einfließt.

- 627 • den Ausbau der Schwangerschaftskonfliktberatung
- 628 • besseren Schutz für Gewaltopfer, der Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt
- 629 spielt dabei eine besondere Rolle. Frauenhäuser und -schutzwohnungen
- 630 müssen gesichert und wo nötig ausgebaut werden.
- 631 • die Einrichtung von Sozial- und Gesundheitszentren für soziale und
- 632 medizinisch-pflegerische Dienstleistungen in einem Ort pro
- 633 Verbandsgemeinde.
- 634 • die Sicherung des gemeindlichen Brandschutzes, die Feuerwehren der
- 635 Kommunen müssen entsprechend ausgestattet, ausgebildet, einsatzbereit und
- 636 finanziert sein.
- 637 • Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe zu begreifen. Moderne
- 638 Verbraucherpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgend. Wir wollen ein
- 639 ausreichendes Budget für die Verbraucherzentrale und ihre Beratungsstellen in
- 640 der Fläche sicherstellen und fordern, dass die Lebensmittelkontrolle
- 641 bundesweit durch einheitliche Standards sichergestellt wird.
- 642 • Kultur als Grundstein für Demokratie zu verstehen: Kultur schafft Toleranz,
- 643 Selbstvertrauen und Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen
- 644 eine nachhaltige Kulturförderung durch ein Kulturfördergesetz, Kultur muss
- 645 kommunale Pflichtaufgabe werden.
- 646 • Die Förderung von Jugendkunstschulen, Musikschulen, Kinder- und
- 647 Jugendtheatern und anderen künstlerischen Projekten und Initiativen. Sie
- 648 leisten einen erheblichen Beitrag für den Zusammenhalt in unserer
- 649 Gesellschaft und sind wichtige Bausteine der gesellschaftlichen Teilehabe
- 650 • historische Gebäude, Schlösser, Burgen, Parks und Gärten als Zeitzeugen
- 651 kulturhistorischer und gesellschaftlicher Epochen zu bewahren und der
- 652 Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Daher setzen wir uns für eine Erhöhung
- 653 der Mittel für die Denkmalpflege und für den Ausbau der personellen
- 654 Ressourcen und der Forschungskapazitäten ein.
- 655 • den Bildungsauftrag der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksender
- 656 zu stärken und die Rundfunkgebühren nicht weiter zu erhöhen. Wir setzen uns
- 657 für die langfristige Unterstützung der Strukturen der Bürgermedien, weiterer
- 658 alternativer Formen selbstorganisierter Medienprojekte und der lokalen TV-
- 659 Anbieter in Rheinland-Pfalz ein.
- 660 • die Vermittlung von Medienkompetenz und des sozial verantwortlichen
- 661 Umgangs mit Medien ab dem Kindesalter und die stärkere Einbindung von
- 662 Internet und digitalen Medien in Bildungs- und Schulalltag.
- 663 • Kostenlose Zugangsmöglichkeiten für alle jungen Menschen zum Internet im
- 664 Rahmen der Ausbildung soll im Rahmen seiner schulischen Ausbildung Zugang
- 665 zu einem internetfähigen Computer erhalten. Der kostenlose Zugang und
- 666 offene Austausch von digitalen Lehr- und Lernmitteln nach »Open Educational
- 667 Resources«-Standards soll sichergestellt werden.

- 668 • Wir sehen Sportförderung als Pflichtaufgabe der Kommunen, die den
669 Breitensport u.a. über die Zusammenarbeit von Vereinen und Schulen er-
670 möglichen müssen. Hier stehen auch Land und Bund in der Pflicht, durch
671 finanzielle und ideelle Fördermaßnahmen den Breiten- und Schulsport zu
672 erhalten und auszubauen.
- 673 • Wir fordern ein Landesprogramm für die Sanierung von Turn- und
674 Schwimmhallen sowie Sportplätzen im ländlichen Raum und eine bessere
675 finanzielle Förderung für notwendige Neubaumaßnahmen.

676

677 **3) Bildung, KiTas und Familie**

678

679 Wir setzen uns für die Einführung der Gemeinschaftsschule ein, einer Schule für alle
680 Kinder, die Lernen ab der ersten Klasse als Prozess der Entwicklung von Kindern zu
681 urteilsfähigen, selbstbestimmten Erwachsenen versteht. Wir wollen Schulen, die
682 behinderte und nicht-behinderte Menschen individuell fördert, die als Ganztagschule
683 Lern- und Lebensraum bietet.

684 Das längst überholte, gegliederte Schulsystem, das Kinder aus
685 einkommensschwächeren Verhältnissen benachteiligt, muss abgelöst werden. Denn
686 ein gerechtes Schulsystem fördert alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft
687 und finanziellen Situation allein nach ihren Begabungen. Nach Klasse 10 erlangen alle
688 Schülerinnen und Schüler den gleichen und landesweit einheitlichen
689 Bildungsabschluss mittlere Reife. Die Gemeinschaftsschule stellt darüber hinaus ein
690 der bisherigen gymnasialen Oberstufe vergleichbares Kursangebot zur Verfügung, in
691 dem Schülerinnen und Schüler nach drei Jahren die allgemeine Hochschulreife
692 erlangen können.

693 DIE LINKE fordert Unterrichtsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler. Um den
694 Lehrermangel zu bekämpfen, verlangen wir die Rücknahme der Streichung von 2.000
695 Lehrerplanstellen und zusätzliche Stellen an Berufsbildende Schulen und
696 Förderschulen. Die skandalöse Praxis der rot-grünen Landesregierung, Lehrerinnen
697 und Lehrer nur befristet zu beschäftigen und in den Sommerferien in die
698 Arbeitslosigkeit zu schicken, muss ein Ende haben.

699 Die Schulsozialarbeit ist weiterzuführen, auszubauen und durch das Land zu
700 finanzieren, die ungenügende Vertretungsreserve für temporär ausfallende Lehrkräfte
701 muss endlich ausgebaut und die Fort- und Weiterbildung für alle Lehrkräfte
702 bedarfsgerecht gesichert werden.

703 Mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und dem damit
704 verbundenen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung steht die gesamte Gesellschaft
705 vor einer Aufgabe, die nicht »nebenbei« erledigt werden kann. Hier bedarf es eines
706 zielgerichteten und nachhaltigen Vorgehens, bei der alle sich Beteiligten -
707 Schülerschaft, Pädagoginnen und Pädagogen, Eltern, Schulträger – auf den Weg
708 machen müssen.

709 Ein Bildungssystem, welches nach Leistungsfeststellungen in unterschiedliche
710 Schularten einteilt, kann kein Bildungssystem der Inklusion werden. Neben der
711 dringlichen Aufgabe, Barrierefreiheit zu verwirklichen, muss jeder Schule mindestens
712 eine sonderpädagogische Fachkraft zur Seite stehen. Darüber hinaus wollen wir
713 multiprofessionelle Teams an allen Schulen etablieren, bestehend aus Lehrkräften,
714 Fachkräften der Sozial- und Sonderpädagogik, Schulpsychologie sowie anderen
715 Professionen der Schulbegleitung. Inklusion ist nicht nur eine Pädagogik für Kinder
716 mit Beeinträchtigungen. Inklusion ist für uns ein gesamtgesellschaftlicher Prozess,
717 den wir umfassend unterstützen werden.

718 Zur Wahrung der sozialen Chancengleichheit muss das Land die Kosten für die
719 Lernmittelfreiheit an allen öffentlichen Schulen vollständig übernehmen. Das Recht
720 auf kostenlose Schülerbeförderung ist ungeschmälert auf die weiterführenden und
721 berufsbildenden Schulen im Land auszuweiten.

722

723 **Unabhängige Wissenschaft**

724 Gute Wissenschaft, freie Forschung und umfangreiche Bildung sind die Grundlagen
725 für eine erfolgreiche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Eine
726 zukunftsorientierte Hochschule muss inklusiv, demokratisch verfasst sein, jedem und
727 jeder offen stehen, Freiheit in Forschung und Lehre garantieren und von der
728 öffentlichen Hand getragen werden. Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind davon
729 weit entfernt. Überfüllte Hörsäle und baufällige Gebäude, überzogene Mieten für
730 Studierende und ein unterbezahlter wissenschaftlicher Mittelbau, eine verkorkste
731 Studienreform und ein vom Ministerium angeheizter Wettbewerb um Drittmittel legen
732 Zeugnis vom Versagen der Landesregierung ab. Ein Studium soll wissenschaftliche
733 Methoden vermitteln, mit denen die Studierenden zu selbstständigen
734 Problemlösungen befähigt werden, aber auch dazu befähigen, gesellschaftliche
735 Prozesse und die eigene Rolle im sozialen Gefüge kritisch zu reflektieren und eigene
736 Schlüsse daraus ziehen zu können. Durch den Bologna-Prozess wird an den
737 Hochschulen derzeit jedoch eine »Berufs-Ausbildung nach Marktbedürfnissen«
738 betrieben, in der kritische Wissenschaft keinen Platz hat. Dies führt zu einer
739 Verschulung des Studiums; Hochschulen verkommen zu Lernfabriken mit
740 oberflächlicher Schnellbildung.

741 Die Lehre sollte gleichberechtigt neben der Forschung stehen und deutlich
742 aufgewertet werden. Uns liegen besonders die Interdisziplinarität der Lehre und
743 Forschung, die Wahrnehmung ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, der Erhalt
744 wissenschaftlicher Pluralität sowie die gleichberechtigte Mitbestimmung aller
745 Hochschulangehörigen am Herzen.

746 Die an den Hochschulen und Universitäten eingeführten Bachelor und Master-
747 Abschlüsse sind vor allem an den Interessen der privaten Wirtschaft orientiert und
748 sollen schnell „betrieblich verwertbar“ sein. Hochschulabschlüsse wurden damit von
749 vermeintlich überflüssigem, humanistischem „Bildungsballast“ befreit. DIE LINKE will

750 das Grundrecht auf hochwertige und umfassende Bildung, die für unsere Gesellschaft
751 konstituierenden Eigenwert besitzt, nicht über Bord werfen. Der Einheit von
752 Forschung und Lehre kommt eine besondere Bedeutung für die Sicherung dieses
753 kulturellen Grundwertes zu. Nicht zuletzt deshalb fordert DIE LINKE, neben der
754 Stärkung der wissenschaftlichen Promotion, die zusätzliche Wiedereinführung der
755 international hoch angesehenen Magister- und Diplomabschlüsse.
756 Die qualitativ und quantitativ gute Ausstattung aller Bildungseinrichtungen und
757 Hochschulen gehört zur gesellschaftlichen Zukunftssicherung und ist im deutschen
758 Föderalismus Landessache. Ebenso muss auch die Unabhängigkeit von Forschung
759 und Lehre von privaten und wirtschaftlichen Interessen durch das Land gesichert
760 werden. Weil der Anteil der „Drittmittelfinanzierung“ aus Wirtschaft und Industrie an
761 der Finanzierung den Hochschulen und staatlichen Forschungseinrichtungen
762 erheblich zugenommen hat, ist die Unabhängigkeit der Forschung von den
763 Drittmittelgebern aus der Privatwirtschaft gefährdet. Dieser schleichenden
764 Privatisierung der integrierten Lehr- und Forschungseinrichtungen an den
765 Hochschulen muss dringend Einhalt geboten werden. Deshalb sind eine nachhaltige
766 Reduzierung der privaten Drittmittelförderung und ihr Ersatz durch öffentlich-
767 rechtliche Forschungsförderung dringend geboten. DIE LINKE will auch im
768 Hochschulbereich keine prekären Beschäftigungsverhältnisse. Diese müssen durch
769 tarifgebundene Arbeitsplätze ersetzt werden. Weil Schulen, Universitäten und
770 staatliche Bildungs- und Ausbildungsstätten die Orte sind, in denen unsere Kinder,
771 Jugendlichen und jungen Erwachsenen die für ihr späteres Leben entscheidenden
772 Bildungs- und Ausbildungsgrundlagen erwerben und nachhaltig prägende kulturelle
773 und soziale Impulse erfahren, dürfen diese nicht zum Gegenstand ständig
774 wechselnder und oft widersprüchlicher Bildungsexperimente gemacht werden. DIE
775 LINKE tritt für eine gründlich vorbereitete, nachhaltige, umfassende und transparent
776 strukturierte Bildungsreform ein.

777

778 **Kinderbetreuung mit qualitativem Anspruch**

779 Wenn das Land Städten, Kreisen und Gemeinden per Gesetz zu Aufgaben verpflichtet,
780 muss es dafür auch bezahlen. Dies gilt auch für die Kinderbetreuung, deren weiterer
781 Ausbau richtig ist. DIE LINKE will ein zielgenaues und bestmögliches Angebot der
782 Kinderbetreuung für alle Kinder in Rheinland-Pfalz: Die internationalen Erfahrungen
783 zeigen: umfassende und hochqualifizierte Kinderbetreuung ist der Schlüssel für
784 Beschäftigungschancen der Eltern und Bildung der Kinder. DIE LINKE verbindet ihre
785 Forderung nach Kinderbetreuung mit der frühkindlichen Bildung. DIE LINKE
786 unterstützt die Forderung der Beschäftigten in Kindertagesstätten nach Anerkennung
787 ihrer Arbeit, Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, nach angemessener
788 Bezahlung und guten Arbeitsbedingungen. Die in diesem Bereich Arbeitenden
789 müssen auf Hochschulniveau, bei gleichzeitiger Öffnung des Hochschulzugangs für
790 Menschen ohne allgemeine Hochschulreife, ausgebildet werden. Wir setzen uns dafür

791 ein, den Beruf der Erzieherin/des Erziehers aufzuwerten, eine bessere Entlohnung zu
792 gewährleisten und den Personalschlüssel zwischen Erzieherinnen bzw. Erziehern und
793 Kindern nach EU-Kriterien sicherzustellen.

794

795 **Gute Berufsausbildung**

796 Die betriebliche Ausbildung muss verbessert werden, um jungen Menschen einen
797 erfolgreichen Start in ein gutes und erfülltes Berufsleben zu ermöglichen, denn jede
798 und jeder hat das Recht auf Ausbildung. Es ist ein Skandal, dass immer mehr
799 Jugendliche ihre wichtigste Lebensphase in sogenannten Maßnahmen, unbezahlten
800 Praktika und Warteschleifen verbringen. Betriebe, die ausbilden können, aber dies
801 nicht tun, sollen sich zumindest mit einer Ausbildungsplatzumlage an der
802 Finanzierung der Ausbildung beteiligen. Damit werden vor allem kleinere und mittlere
803 Betriebe entlastet, die ihrer Verantwortung gerecht werden. Gute Berufsausbildung
804 ist eine grundlegende soziale Sicherung, deshalb setzen wir uns für ein generelles
805 Mindestausbildungsentgelt für Auszubildende ein. Wir wollen eine sinnvolle
806 Koordination aller Ausbildungsaktivitäten nach regionalen und branchenspezifischen
807 Gesichtspunkten. Die Planung des Berufsschulnetzes muss nach überregionalen
808 fachlichen Gesichtspunkten erfolgen, kleinere Schulstandorte dürfen nicht
809 ausschließlich anhand von Schülerzahlen beurteilt werden, sondern erfüllen als
810 regionale Bildungszentren eine wichtige Funktion und sind daher zu erhalten. Unsere
811 Ziele sind kurze Wege für die Auszubildenden, eine Abstimmung der Bildungsprofile
812 auf die regionale Wirtschaftsstruktur und die Vermeidung von Regionen mit weit
813 unterdurchschnittlichem Berufsbildungsangebot.

814

815 **Familie ist, wo Verantwortung füreinander übernommen wird**

816

817 Familie ist da, wo Menschen füreinander soziale Verantwortung übernehmen. Familie
818 braucht gesellschaftliche Unterstützung, denn derzeit ist Familie ein Armutsrisiko: Ob
819 Eheleute, Partnerschaften ohne Trauschein, homosexuelle Eltern,
820 Alleinerziehende oder „Patchwork-Familien“ – sie alle brauchen mehr Zeit, eine
821 hochwertige, flächendeckend erreichbare Infrastruktur und gezielte soziale
822 Leistungen. Familie braucht ein Leben in Sicherheit, für sich und für ihre Kinder und
823 für ein gesundes, fröhliches Miteinander. Familie braucht materielle Sicherheit,
824 Gesundheit, (Aus-)Bildung und stabile Beziehungen im sozialen und kulturellen
825 Umfeld. Kindern und ihren Familien steht unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein
826 angemessener Anteil am materiellen, sozialen und kulturellen Reichtum der
827 Gesellschaft zu. In unserem reichen Land ist die Situation vieler Kinder, Jugendlicher
828 und Familien jedoch dramatisch schlecht: Jedes fünfte Kind lebt in Armut,
829 Kinderarmut ist ein Armutszeugnis für die Politik, bei der Kinder-, Jugend- und
830 Familienpolitik des Landes liegen Welten zwischen Anspruch und Wirklichkeit.
831 Jahrelange Mittelkürzungen sowie der Abbau von Qualitätsstandards verschärfen die

832 Probleme der jungen Generationen vor Ort. Die rot-grüne Landesregierung hatte sich
 833 zum Ziel gesetzt, Kinderarmut zu bekämpfen und Chancengleichheit
 834 herzustellen. Leider ist es bei Lippenbekenntnissen geblieben, die Armut wächst
 835 weiter. Die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder sind nach wie vor viel zu niedrig, um
 836 den Bedarf eines Kindes oder Jugendlichen zu decken. Die Landesregierung überlässt
 837 den KiTabetrieb den vorsätzlich unterfinanzierten Kommunen und forciert nirgendwo
 838 den qualitativen und zeitlichen Ausbau der Kinderbetreuung. So aber bleiben Familie
 839 und Beruf für viele unvereinbar, vor allem Frauen werden in
 840 Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt, die heute nicht zum Leben reichen und
 841 morgen keine auskömmliche Rente sichern.

842 In den letzten Jahren fand ein sozialer Kahlschlag bei Frauen- und
 843 SchuldnerInnenberatungsstellen statt, Jugendzentren, Schwimmbäder, Bibliotheken
 844 und andere Einrichtungen der öffentlich-sozialen
 845 Infrastruktur mussten schließen. Auf diese Einrichtungen sind jedoch
 846 einkommensschwache Familien besonders angewiesen. Vor allem in benachteiligten
 847 Stadtteilen und Sozialräumen unserer Städte und Landkreise ist
 848 daher der Aufbau einer sozialen Infrastruktur dringend notwendig. Als einen Schritt,
 849 um die soziale Spaltung in Rheinland-Pfalz in arme und reiche Gebiete aufzulösen,
 850 setzt sich DIE LINKE für eine Landesförderung des Bund-Länder-Programms „Soziale
 851 Stadt“ ein. So kann das Programm auf weitere Regionen und Stadtteile ausgedehnt
 852 werden. Im Zusammenhang damit fordern wir den (Wieder-)Ausbau
 853 von wohnortnahen sozial-kulturellen sowie niedrigschwelligen Beratungsangeboten
 854 insbesondere für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Selbst verwaltete Kinder- und
 855 Jugendzentren sind durch ein Landesprogramm auszubauen. Aufgrund der hohen
 856 (Neubau-)Bebauungsdichte und der zum Teil starken Verkehrsbelastung mangelt es
 857 häufig an Spielplätzen unter freiem Himmel und damit an für Kinder und
 858 Jugendliche gefahrlos zugänglichen und gestaltbaren Gebieten. Wir wollen
 859 stattdessen Kinder- und Abenteuerspielplätze, Begegnungsstätten und
 860 Freizeitangebote, die für und von Kindern und ihren Familien mitgestaltet werden.

861

862 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

863

- 864 • Die Einführung der Gemeinschaftsschule bis Klasse 10 mit Ganztagsangebot
- 865 • Unterrichtsgarantie für alle Schülerinnen und Schüler
- 866 • Fort- und Weiterbildungsangebote für alle Lehrkräfte
- 867 • Die Rücknahme der Streichung von 2.000 Lehrerplanstellen und zusätzliche
868 Stellen an Berufsbildenden Schulen und Förderschulen
- 869 • Bedarfsgerechte Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer und
870 vorausschauende Planung notwendiger Personalkapazitäten und den Aufbau
871 einer bedarfsdeckenden Vertretungsreserve
- 872 • Eine verbindliche Umsetzung des Rechtsanspruchs auf inklusiven Unterricht

- 873 bis spätestens 2020 in allen öffentlichen Schulen
- 874 • Kleinere Klassen und Lerngruppen, Abschaffung des Frontalunterrichts nach
875 skandinavischem Vorbild, verstärkte Anwendung reformpädagogischer
876 Konzepte, Überwindung des Notensystems, individuelle Förderung für alle
877 Schülerinnen und Schüler
- 878 • den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung
- 879 • gebührenfreie, qualitativ hochwertige vorschulische Bildung
- 880 • kleinere Kita-Gruppen, um eine wirklich kindgerechte Betreuung zu
881 gewährleisten und Erzieherinnen und Erzieher zu entlasten
- 882 • kostenfreies Mittagessen in Kitas
- 883 • gebührenfreien Zugang zu kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen,
884 Theatern und Sportstätten wie Schwimmbädern, Turnhallen und Sportplätzen,
- 885 • Sprachförderung aller Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist
- 886 • die gemeinsame Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung im Sinne
887 der UN-Behindertenkonvention
- 888 • bedingungsloses, elternunabhängiges und armutsfestes BAföG als
889 Vollzuschuss ohne Darlehensanteile
- 890 • Drittmittel dürfen nicht länger zur Finanzierung des Grundbedarfs dienen
- 891 • einen Wissenschaftstarifvertrags für alle Akademiker und Akademikerinnen
892 und die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Wissenschaft und
893 Lehre. Zudem müssen für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte
894 tarifrechtliche Regelungen auf Landesebene erarbeitet werden, darüber hinaus
895 benötigen sie endlich eine personalrechtliche Vertretung – durch Anbindung
896 an bestehende oder eigenständige Personalräte.
- 897 • Die Drittelparität an den Hochschulen muss hergestellt werden.
- 898 • eine Ausbildungsplatzgarantie durch die Tarifpartner, mindestens 10 Prozent
899 Auszubildende in allen öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Einführung
900 einer Ausbildungsplatzumlage für Betriebe, die ausbilden könnten, es aber
901 nicht tun.
- 902 • Beteiligung der Arbeitgeber an den Beförderungskosten von Auszubildenden.
- 903 • die Einführung eines Mindestausbildungsentgeltes auf Bundesebene. Dafür ist
904 eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz
905 notwendig.
- 906 • Erhalt und Ausbau des Berufsschulnetzes und dessen bedarfsgerechte
907 Finanzierung durch das Land, personelle und sachliche Ausstattung der
908 Berufsschulen verbessern.
- 909 • den Abschied von überkommenen Rollen- und Familienbildern: Familie ist, wo
910 Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – in klassischen Mutter-
911 Vater-Kind-Familien genauso wie in Patchworkfamilien, bei Alleinerziehenden,
912 Partnerschaften und Familien mit schwulen und lesbischen Eltern

- 913 • Familienförderung in Stadt und Land, die vor allem denjenigen hilft, die aus
914 finanziellen Gründen an den Rand gedrängt sind

915

916 **4) Wohnen, Bus und Bahn, Verkehr**

917

918 **Wohnen ist ein Menschenrecht**

919 Die Engpässe bei der Unterbringung der Flüchtlinge offenbaren zum wiederholten
920 Male die tieferliegende Krise der Wohnungspolitik. Seit der Wiedervereinigung ist der
921 Bestand an Sozialwohnungen im Bund von fast 4 auf 1,5 Millionen gesunken. Nach
922 einer Studie des Pestel Instituts von 2012 fehlen in Rheinland-Pfalz 150.000
923 Wohnungen für ärmere Menschen. Bis 2017 rechnet der Deutsche Mieterbund mit
924 einer Unterversorgung von 827.000 Wohnungen bundesweit. Und obwohl Bund,
925 Länder, Kommunen und die Sozialversicherungen einen Überschuss von 21 Milliarden
926 Euro im ersten Halbjahr 2015 erwirtschaftet haben, ist es dem Land, den Städten
927 und Gemeinden nicht möglich bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Die
928 alarmierenden Zahlen sind seit Langem bekannt, die Lage auf dem Wohnungsmarkt
929 vielerorts dramatisch. Aktuell konkurrieren Arbeitssuchende, prekär Beschäftigte,
930 Alleinerziehende, bedürftige SeniorInnen, Studierende und Asylbewerberinnen und -
931 bewerber um kaum vorhandene Wohnungen. Nach der Aberkennung der
932 Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmen durch die Regierung Kohl war die
933 Förderalismusreform II der Sargnagel für den Sozialen Wohnungsbau: Im Bundesrat
934 hatte 2009 auch das von der SPD alleinregierte Bundesland Rheinland-Pfalz
935 zugestimmt. Fortan war die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus Ländersache.
936 Bundesmittel, die für den Sozialen Wohnungsbau an die Länder gingen, waren nicht
937 zweckgebunden und deshalb nicht für den Wohnungsbau verwendet.

938 Statt den Wohnungsbau zu fördern gab es nun zur Freude der Immobilienbesitzer
939 Mietzuschüsse für Mieter. Dieser Mietzuschuss führte zu Mieterhöhungen und nicht
940 zum Bau von mehr Wohnungen. Gleichzeitig führte die Steuerpolitik der SPD-
941 Bundesregierung unter Gerhard Schröder zu einem Einbruch der Einnahmen der
942 Kommunen: Wo es kommunale Wohnungsunternehmen gab, wurden deren Gewinne
943 im allgemeinen Haushalt verbraucht oder die Unternehmen gleich verkauft. Der
944 kommunale Wohnungsbau fand nicht mehr statt. Jüngst wurden die
945 Bundesfinanzhilfen für die Städtebauförderung, die schon immer völlig unzureichend
946 waren, nochmals reduziert. Mit auslaufenden Belegungsbindungen war das Desaster
947 komplett, der in Jahrzehnten mühsam aufgebaute Bestand an gutem und
948 bezahlbarem Wohnraum nahm rasant ab.

949 Heute ist traurige Realität, dass Wohnen bei großen Teilen der Bevölkerung den
950 Löwenanteil des Einkommens verschlingt, viele können die Miete gar nicht mehr ohne
951 staatliche Hilfe bezahlen. ALG II BezieherInnen müssen Teile der Miete sogar vom
952 Munde absparen, weil Wohnungen in dem für ALG II Bezieher vorgeschriebenen
953 Preissegment und der vorgeschriebenen Größe oft nicht vorhanden sind. Die

954 Bedürftigen müssen aus ihrem Regelsatz für die Miete draufzahlen, sodass ihnen
955 entsprechend weniger für Essen, Trinken und Kleidung übrig bleibt.

956

957

958 **Bus und Bahn**

959

960 DIE LINKE spricht sich auch in Rheinland-Pfalz für ein landesweites, regionales und
961 kommunales öffentliches Personenverkehrssystem aus, das unsere Städte und
962 Ortsgemeinden an sieben Tagen in der Woche und mehrmals täglich für alle zu
963 erschwinglichen Preisen erreichbar macht. Mittelfristig wollen wir den ticketlosen
964 Nahverkehr, finanziert aus Steuermitteln, einer Nahverkehrsabgabe aller Haushalte
965 und Beiträgen aus Handel und Wirtschaft.

966 Denn kommen wir nicht bald zu einer neuen Finanzierung des Öffentlichen
967 Nahverkehrs, der vielerorts schon heute fast nur noch aus den Schulbussen besteht,
968 werden Bus und Bahn bald unbezahlbar.

969 Gegenwärtig werden immer mehr Bürgerinnen und Bürger in den ländlich
970 strukturierten Gebieten, die nicht über ein eigenes Kfz mindestens im Familienkreis
971 verfügen oder in anderer Weise am motorisierten Individualverkehr teilnehmen, in
972 ihrem Grundrecht auf gute und erschwingliche Mobilität massiv eingeschränkt: De
973 facto werden sie an ihrem Wohnort „gefangen“ gehalten. Dies gilt besonders an
974 Vormittagen, in den Abendstunden und während der Schulferien an jedem Tag und
975 ganztägig. In unserem Land werden zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den
976 Flächenlandkreisen regelmäßig an Samstagen, Sonntagen und Feiertagen, sowie in
977 den Abendstunden ganze Ortsgemeinden mit oft hunderten von Einwohnern von der
978 Welt abgeschnitten.

979 DIE LINKE verteidigt das Grundrecht der Menschen auf gute und bezahlbare Mobilität
980 auf kommunaler und regionaler Ebene. Eine soziale und ökologische Verkehrspolitik
981 erfordert absoluten Vorrang für den öffentlichen Nahverkehr. Netzdichte, Taktzeiten
982 und Ausstattung von Bussen und Bahnen müssen insbesondere im ländlichen Raum
983 verbessert und die Preise für Fahrkarten deutlich gesenkt werden. Mittelfristig
984 streben wir den ticketlosen Nahverkehr an, der über eine Verkehrsumlage aller
985 Einwohner finanziert wird. Um diese Ziele zu verwirklichen, müssen die regionalen
986 Verkehrsverbände dem wachsenden Einfluss privater Verkehrsunternehmen entzogen
987 und demokratisiert werden. Dies setzt eine umfassende öffentlich-rechtliche
988 Kontrolle voraus. Der Ausbau des Schienen- und S-Bahn-Netzes muss Vorrang vor
989 Straßenneubau haben. Vorrangige Aufgaben des Straßenbaus sind Sanierungs- und
990 Instandhaltungsmaßnahmen. Der Bau von Ortsumgehungen muss mit
991 verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der bisherigen Streckenführung einhergehen.
992 Den Güter- und Warenverkehr wollen wir möglichst weitgehend von der Straße auf die
993 Schiene verlagern, bei allen Verkehrsträgern muss der Lärmschutz der betroffenen
994 Anwohner stark verbessert werden. Das wichtigste verkehrspolitische Projekt der

995 kommenden Jahre muss die vollständige Beseitigung des gesundheitsgefährdenden
996 Bahnlärmerrors im Mittelrheintal sein. Dieses Problem kann grundsätzlich nur durch
997 eine neue Trassenführung außerhalb des Rheintals gelöst werden. Die Dimension
998 dieses Projektes erfordert eine gesetzlich geregelte, finanzielle und planerische
999 Beteiligung des Bundes.

1000

1001 Die Landesregierungen der letzten Jahrzehnte haben es verpasst, den Öffentlichen
1002 Nahverkehr in Rheinland Pfalz zukunftssicher zu finanzieren. Stattdessen wurden
1003 Schienennetze stillgelegt, Buslinien privatisiert und den Profitinteressen der
1004 Unternehmer unterworfen. DIE LINKE setzt sich dem gegenüber für einen Ausbau des
1005 öffentlichen Nah-, Regional- und Fernverkehrs in Rheinland-Pfalz ein. Neue Strecken
1006 müssen gebaut, alte modernisiert und Fahrzeuge auf den neuesten Stand der Technik
1007 gebracht werden – all dies geht nur, wenn das notwendige Geld zum Teil mit einer
1008 Nahverkehrsabgabe, ähnlich den Beiträgen für Straßenbau, Wasserversorgung und
1009 Abwasserentsorgung, erwirtschaftet wird.

1010 Der öffentliche Verkehr erfordert eine öffentliche und intelligente Verkehrsplanung.
1011 Bahn und regionale Verkehrsbetriebe sind nicht nur Dienstleister für die Gesellschaft,
1012 sondern Arbeitsplatz für viele Menschen.

1013

1014 DIE LINKE kritisiert seit vielen Jahren die verkehrspolitische Konzeptlosigkeit der
1015 Landesregierung. Wir wollen, dass endlich ressortübergreifend und unter
1016 Einbeziehung der Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung und unter
1017 maßgeblicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein verkehrspolitisches
1018 integratives Gesamtkonzept für Rheinland-Pfalz entwickelt wird, das alle
1019 Verkehrsmittel und Verkehrswege und insbesondere die Interessen der Menschen
1020 berücksichtigt. Dabei muss es um eine sinnvolle Verknüpfung der verschiedenen
1021 Verkehrsmittel, die Verringerung von Umweltbelastungen und die Sicherstellung von
1022 bezahlbarer Mobilität für alle Bürgerinnen und Bürger gehen.

1023

1024

1025

1026

1027 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

1028

- 1029 • Wohnen ist ein Grundrecht: DIE LINKE Rheinland-Pfalz sieht in einer
1030 bedarfsgerechten, barrierefreien und bezahlbaren Wohnungsversorgung eines
1031 der fundamentalen Grundrechte
- 1032 • genossenschaftliche Eigentumsformen zu stärken
- 1033 • vom Bund bereitgestellte Fördergelder müssen **zweckgebunden** in
1034 bedarfsgerechte, barrierefreie und soziale Wohnungen investiert werden
- 1035 • Objektförderung statt **Subjektförderung**: Das heißt, Förderung des

- 1036 Wohnungsbaus statt Mietzuschuss
- 1037 • Förderung einer **strategischen Bodenvorratspolitik** der Kommunen
- 1038 • ein Baulückenschlussprogramm für innerstädtische Bereiche statt Flächen-
- 1039 zersiedelung
- 1040 • **der Landflucht entgegen zu wirken, Dörfer und Regionen lebenswert**
- 1041 **erhalten oder wieder machen**
- 1042 • eine Reform der **Mietpreisbremse, weil sie dem Mietpreisanstieg nicht**
- 1043 **wirksam entgegen tritt**
- 1044 • Mietspiegel an Bestandsmieten zu orientieren und Kommunen das Recht
- 1045 einzuräumen verbindliche Höchstmieten festzulegen
- 1046 • gesetzlich festzulegen, dass Mieten in bestehenden Mietverhältnissen ohne
- 1047 maßgebliche Wohnwertverbesserung nur im Rahmen des Inflationsausgleichs
- 1048 erhöht werden dürfen
- 1049 • eine Mietpreisobergrenze für Haushalte, deren Einkommen unterhalb des
- 1050 bundesdurchschnittlichen Haushaltseinkommens: 30 Prozent für Miete,
- 1051 Betriebskosten und Strom dürfen nicht überschritten werden
- 1052 • das architektonische, ästhetische und baupolizeiliche (Sicherheits-) Standards
- 1053 nicht zu unterschreiten, sondern schneller anzuwenden
- 1054 • keine energetische Sanierungen allein auf Kosten der Mieter gehen
- 1055 • bezahlbare, kleine und barrierefreie Wohnungen, die ambulante Pflege
- 1056 ermöglichen
- 1057 • ein rheinland-pfälzisches Konzept für eine möglichst dezentrale und sozial
- 1058 integrierte Wohnversorgung für Flüchtlinge
- 1059 • ein landesweit gültiges, einkommensabhängiges Sozialticket für ALG-II-
- 1060 Beziehende, Asylbewerber/innen, Geringverdiener/innen, Einkommenslose
- 1061 und Erwerbsunfähige ohne Leistungsbezug, Sozialgeldbeziehende, Erwerbslose,
- 1062 und Rentner/innen und Studenten/innen mit geringem Einkommen.
- 1063 • mittelfristig den ticketlosen öffentlichen Personennahverkehr
- 1064 • kostenlose Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler und
- 1065 Schularten bis zum Abschluss der jeweiligen schulischen oder beruflichen
- 1066 Ausbildung
- 1067 • Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr vor dem Individualverkehr
- 1068 und Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene
- 1069 • Die Zusammenführung der bestehenden Verkehrsverbundnetze zu einem
- 1070 einheitlichen und aufeinander abgestimmten Tarif- Takt- und Streckensystem
- 1071 für ganz Rheinland-Pfalz.
- 1072 • Den Ausbau des S-Bahnnetzes in Rheinland-Pfalz zwischen allen wichtigen
- 1073 Verkehrsknotenpunkten
- 1074 • die Begrenzung des Straßenneubaus zu Gunsten von Straßeninstandsetzung
- 1075 und Straßeninstandhaltung

- 1076 • ein Gesamtentwicklungskonzept für alle rheinland-pfälzischen Fracht- und
1077 Verkehrsflughäfen unter Beachtung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher
1078 Aspekte
1079
1080
1081

1082 **5) Ökologie, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Weinbau**

1083
1084

1085 Für DIE LINKE sind der Schutz der Umwelt sowie der Einsatz für eine nachhaltige und
1086 gerechte Nutzung der Ressourcen untrennbar verbunden mit dem Kampf für soziale
1087 Gerechtigkeit. Umwelt- und Naturschutz kann nur mit den Menschen, nicht gegen sie
1088 gelingen. DIE LINKE vertritt eine nachhaltige Politik, die den schonenden Umgang mit
1089 allen Ressourcen zum Prinzip erhebt. Wir wollen die Natur schützen und die
1090 Artenvielfalt bewahren, Abfall vermeiden, weitere Flächenversiegelung stoppen, die
1091 Bodenfruchtbarkeit in der Landwirtschaft erhalten und wiederherstellen und den
1092 Einsatz sowie die Nutzung und Veredelung der zur Verfügung stehenden
1093 nachwachsenden Rohstoffe fördern.
1094

1095 DIE LINKE will im Bereich Abfall/Abfallentsorgung eine deutlich verbesserte
1096 Umsetzung der ortsnahen Abfallbeseitigung und die Stärkung der stofflichen
1097 Abfallverwertung durchsetzen. Die Verbrennung von Abfall ist dafür nicht mehr
1098 zeitgemäß. Müllverbrennungsanlagen sollen daher mittelfristig stillgelegt und durch
1099 eine mechanisch-biologische Aufbereitung aller Siedlungsabfälle ersetzt werden.
1100

1101 Der Verbraucherschutz muss einen höheren Stellenwert bekommen. Dazu müssen
1102 die Menschen in Rheinland-Pfalz einen Zugang zu neutralen Informationen und
1103 Beratung erhalten. Der Nachweis gesundheitlicher Unbedenklichkeit muss vom
1104 Produkthersteller durch unabhängige Institute erbracht werden. Die
1105 Lebensmittelkennzeichnung muss für Verbraucher transparent und verständlich sein.
1106 Moderne Verbraucherpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgender
1107 Verbraucherschutz. Dabei steht im Mittelpunkt, das Verursacherprinzip
1108 durchzusetzen. Haftungsregeln und Kostenübernahme müssen so geregelt sein, dass
1109 Verursacher von Schäden und Fehlentwicklungen finanziell und materiell zur
1110 Verantwortung gezogen werden.
1111

1112 Der Wald ist mit allen seinen Funktionen in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Besondere
1113 Leistungen des Waldes, z. B. als Kohlenstoffsenke, sind mit geeigneten Maßnahmen
1114 zu fördern. Bestrebungen, den Verkauf von Kommunalwald zu ermöglichen, um
1115 Haushaltslöcher zu stopfen, erteilen wir eine klare Absage. Wir wollen die
1116 Bevorteilung der Großgrundbesitzer einschränken. Das soll durch eine

1117 kostendeckende Beförderung des Großprivatwaldes erreicht werden. Wir wollen
1118 Möglichkeiten zur Einführung befristeter Waldstilllegung als Totholzschutz außerhalb
1119 des Landeswaldes und wir favorisieren dementsprechend flexible Schutzinstrumente
1120 statt starrer Gebietsausweisungen.

1121

1122 DIE LINKE wird sich aktiv dafür einsetzen, dass endlich Tierschutzziele in Rheinland-
1123 Pfalz durchgesetzt und verwirklicht werden. Wir streben eine Lösung für eine
1124 aufgabengerechte Finanzierung der Tierheime an und fordern die Verankerung des
1125 Tierschutzgedankens in den Schullehrplänen. DIE LINKE macht sich stark für eine
1126 angemessene Finanzierung der anerkannten Umwelt- und Tierschutzverbände, um sie
1127 in die Lage zu versetzen, ihre satzungsgemäßen Aufgaben sowie ihre
1128 Beteiligungsrechte in Verwaltungsverfahren in der notwendigen Qualität auszufüllen.

1129

1130 Dem Kulturgut Wein und der durch den Weinbau entstandenen Kulturlandschaft
1131 kommt in Rheinland-Pfalz eine ausschlaggebende touristische Bedeutung zu. Die
1132 Kultur des Weinbaus in all seinen touristischen Facetten kann nur durch den
1133 unbedingten Schutz der gewachsenen dörflichen Struktur, des
1134 landschaftspflegerischen Weinbaus und der mittelständisch geprägten
1135 Vermarktung von Weinprodukten gewährleistet werden. Die profitorientierte
1136 Massenproduktion steht nicht nur der Qualität des Weines, sondern insbesondere
1137 dem traditionellen Charakter des rheinland-pfälzischen Weinbaus entgegen. Wir
1138 wollen den ökologischen Weinbau konsequent fördern und ausbauen. Dies schließt
1139 eine Begrenzung des Weinbaus auf qualitativ hochwertige Lagen ein, die die
1140 natürlichen Voraussetzungen für anspruchsvolle Rebsorten bieten und nicht durch
1141 teure und künstliche Eingriffe aufbereitet werden müssen. Eine besondere Förderung
1142 für Steillagen und Flusstäler soll fortgeführt und ausgebaut werden, denn sie erhalten
1143 den Charakter des rheinlandpfälzischen Weinbaus auch in Hinblick auf seine
1144 touristische Anziehungskraft.

1145

1146 DIE LINKE will eine Landwirtschaft, die umweltverträglich ist, einen Beitrag zur
1147 regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Erhaltung der
1148 Kulturlandschaft leisten. Eine solche Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil
1149 des sozialökologischen Umbaus. Wir wollen die Förderpolitik diesbezüglich neu
1150 ausrichten. Wir wollen das bäuerliche Eigentum schützen und die überbetriebliche
1151 Zusammenarbeit fördern. Die Vielfalt der Eigentumsformen erkennen wir unter den
1152 Prämissen an, dass landwirtschaftlicher Boden kein Spekulationsobjekt sein darf und
1153 der Boden möglichst denen gehören soll, die ihn bewirtschaften. Wir wollen, dass die
1154 Landwirtschaft insgesamt umweltverträglicher wird, Nutztiere artgerecht gehalten
1155 werden und auch arbeitsplatzintensive Wirtschaftsbereiche, z. B. Milchvieh-,
1156 Schweine- und Schafhaltung, in Rheinland-Pfalz ihren Platz behalten und ausgeweitet
1157 werden. Auch der ökologische Landbau soll ausgebaut werden. Dazu sollen die

1158 öffentlichen Mittel der EU und des Bundes und die Landesmittel zielgerichtet für
1159 Umwelt- und Sozialleistungen vergeben werden. Unser Ziel ist eine flächen- und
1160 umweltschonende sowie energie- und kostensparende landwirtschaftliche
1161 Infrastruktur.

1162

1163 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

1164

- 1165 • Umwelt-, Klima- und Naturschutz sollen Verfassungsziel auf Bundes- und
1166 Landesebene werden. DIE LINKE tritt für ein vollständiges und umfassendes
1167 gesetzliches Verbot für den Abbau von Schiefergas durch Fracking ein. Dafür
1168 sind entsprechende Bundesratsinitiativen des Landes Rheinland-Pfalz
1169 notwendig.
- 1170 • mindestens einen weiteren Nationalpark in Rheinland-Pfalz, um den Schutz der
1171 natürlichen Artenvielfalt zu gewährleisten, eine Wiederbesiedlung mit
1172 verdrängten Tier- und Pflanzenarten zu ermöglichen und damit ein Stück
1173 natürlicher Umwelt für kommende Generationen erhalten.
- 1174 • eine nachhaltige Forstwirtschaft für kommende Generationen. Wir lehnen die
1175 Aufforstung in Monokulturen und großflächige Kahlschläge ab und setzen
1176 stattdessen auf Waldverjüngung. Anstelle einer rein betriebswirtschaftlich
1177 orientierten Forstarbeit machen wir uns für eine nachhaltige und ökologische
1178 Bewirtschaftung stark.
- 1179 • die Zerschneidung natürlicher Lebensräume durch Straßen- und Schienenbau,
1180 die Zersiedelung der Landschaft und den landwirtschaftlichen
1181 Flächenverbrauch unter Natur- und Landschaftsschutzaspekten eng zu
1182 begrenzen.
- 1183 • die Renaturierung von Fluss- und Bachläufen und den Schutz von Flussauen
1184 und natürlichen Überschwemmungsgebieten
- 1185 • die weitere Ausweisung von Flora-Fauna-Habitat Gebieten, von Wasser-, Natur-
1186 und Landschaftsschutzgebieten soll Vorrang vor gewerblicher, verkehrlicher
1187 und landwirtschaftlicher Nutzung haben.
- 1188 • keine neuen Kohlekraftwerke, keine neuen Müllverbrennungsanlagen und ein
1189 Moratorium für die Nutzung von Geothermie bis zur vollständigen und
1190 nachhaltigen Klärung der Risiken für Mensch, Natur und Umwelt.
- 1191 • Die konsequente Förderung privater und genossenschaftlicher Investitionen in
1192 erneuerbare Energien, Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden
1193 und mehr Forschung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe.
- 1194 • Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaues und
1195 dezentraler Produktionsweisen.
- 1196 • Förderung der regionalen Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen.
- 1197 • die Förderung einer regional nachhaltigen Landwirtschaft und einer
1198 artgerechten Tierhaltung. Faire Milchpreise für die Erzeuger und konsequente

- 1199 Einschränkung von Tiertransporten durch regionale Wirtschaftskreisläufe.
1200 • regelmäßige unangekündigte Kontrollen in der Lebensmittelverarbeitung und
1201 Lebensmittelproduktion.
1202 • Gentechnik in der Landwirtschaft zu verbieten, auch in Form von
1203 Forschungsfeldern. Wir unterstützen Initiativen für gentechnikfreie Regionen.
1204 • transparente und verständliche Lebensmittelkennzeichnung, z.B. durch
1205 Einführung der sogenannten „Lebensmittelampel“.

1206

1207

1208 6) **Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung, Tourismus**

1209

1210 Die Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz zerfällt zusehends. Schulen,
1211 Universitäten, Krankenhäuser, Straßen oder Brücken sind teilweise in einem
1212 miserablen Zustand. Deshalb wollen wir mit einem landesweiten
1213 Investitionsprogramm gegensteuern. Daher lehnen wir die sogenannte
1214 Schuldenbremse ab, die dafür keinerlei Spielräume eröffnet. Auch der
1215 Investitionsstau, den wir in Form einer maroden Infrastruktur auf kommende
1216 Generationen übertragen, wird von unseren Kindern bezahlt werden müssen. Jede
1217 Investition, die heute unter dem Diktat der „schwarzen Null“ und durch
1218 Schuldenbremsen verhindert wird, wird sich morgen auf der Schuldenseite
1219 wiederfinden. Weder der kommunale Entschuldungsfonds noch wirkungslose
1220 Reformversuche der Kommunalfinanzen haben den Städten, Kreisen und Gemeinden
1221 die vom Land versprochene Entlastung gebracht.

1222

1223 Im Gegenteil - während die Landesregierung nach wie vor dreistellige
1224 Millionenbeträge für Prestigeprojekte verschleudert, wird die öffentliche
1225 Daseinsvorsorge immer mehr zusammengestrichen. DIE LINKE wird sich dafür
1226 einsetzen, dass die Kommunen durch ein Gemeindefinanzierungsgesetz unabhängig
1227 von der aktuellen Wirtschaftsentwicklung mit dem notwendigen Geld ausgestattet
1228 werden - so, wie es unsere Landesverfassung vorschreibt. Selbstverwaltung und
1229 öffentliche Daseinsvorsorge sind Bestandteil unserer Verfassung und unter
1230 Beachtung des Konnexitätsprinzips zu finanzieren. Wir unterstützen deshalb die Klage
1231 der Kommunen gegen das Land, die die Umsetzung erzwingen soll.

1232

1233 Eine besondere Bedeutung in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft kommt dem
1234 Tourismus zu. Touristen wollen eine intakte Umwelt. Mit Blick auf die Schwerpunkte
1235 des rheinland-pfälzischen Tourismusgewerbes, wird dies besonders deutlich. Unser
1236 Land punktet bei Weintouristen, dem Wander- und Fahrradtourismus sowie mit den
1237 Wassertourismusangeboten an Rhein und Mosel. Um diese langfristig erhalten zu
1238 können, ist die Entwicklung eines sanften Tourismus unabdingbar.

1239

1240 In Rheinland-Pfalz werden derzeit immer wieder touristische Großprojekte auf
1241 Landes- und Kommunalebene als Heilsbringer gefeiert und entpuppen sich doch stets
1242 als Büchse der Pandora. Es wird versprochen, dass durch sie viel mehr Gelder in die
1243 Taschen der Menschen vor Ort fließen und die Region gestärkt würde. Für diesen
1244 verheerenden Trugschluss stehen exemplarisch das politische Desaster am
1245 Nürburgring und die Pleite des Freizeitparks als Merkmal einer gescheiterten
1246 Tourismuspolitik. Denn die hauptsächlichen Charakteristika solcher Großprojekte
1247 sind nicht die ihrer Verheißungen, sondern in erster Linie die Bebauung großer
1248 Flächen aufgrund ihres Platzbedarfes, das Absaugen von Kaufkraft aus der
1249 umliegenden Region und damit die Zerstörung des organisch gewachsenen
1250 touristischen Familienbetriebes und des Mittelstandes.

1251
1252 Die teure, aber kontraproduktive Konkurrenz der Kommunen um
1253 Gewerbeansiedlungen und das Werben um die Niederlassung reicher
1254 SteuerbürgerInnen muss aufhören. Diese über die Hebesätze der Kommunalsteuern
1255 und künstlich verbilligte Gewerbeimmobilien ausgetragene Konkurrenz führt häufig
1256 zur Entstehung sogenannter „Speckgürtel“ außerhalb der Regionalzentren. Wir
1257 schlagen einen horizontalen, interkommunalen Finanzausgleich vor, landesgesetzlich
1258 gerechter gestaltete und angegliche Hebesätze für die Kommunalsteuern sowie
1259 staatliche Preiskontrollen für die Bereitstellung kommunaler Flächen als gewerbliche
1260 Immobilien auf der Basis realer Erschließungskosten.

1261
1262 Um die Einnahmeseite des Landes und der Kommunen zu stärken, muss Reichtum
1263 stärker besteuert werden. Wir brauchen einen deutlich höheren Spitzensteuersatz,
1264 die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Erbschaftsbesteuerung, die ihren
1265 Namen verdient. Kapitalerträge müssen wieder mit dem individuellen Steuersatz
1266 belegt werden. Dafür sind entsprechende Bundesratsinitiativen notwendig. Das Land
1267 selbst muss endlich mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer einstellen und dadurch
1268 gewährleisten, dass die seit Jahren bestehende Lücke zwischen Steuerveranlagung
1269 und realen Steuereinnahmen geschlossen wird.

1270
1271 DIE LINKE wird sich für die Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen. Unsere
1272 Alternative heißt aber nicht „Aktionärs- oder Staatswirtschaft“ sondern
1273 Belegschaftsbeteiligung. Das Mitarbeitermodell garantiert Mitbestimmung für die
1274 Beschäftigte, so dass diejenigen, die betroffen sind, auch diejenigen sind, die
1275 mitentscheiden. Durch das Mitarbeitermodell wollen wir Arbeit sichern, industrielle
1276 Strukturen erhalten, ausbauen und modernisieren sowie die Demokratisierung der
1277 Wirtschaft einleiten.

1278
1279 Nirgends sind die Auswirkungen der Umverteilungspolitik von Unten nach Oben so
1280 deutlich sichtbar wie in unseren Städten und Gemeinden. Im föderalen System sind

1281 die Kommunen das schwächste Glied und befinden sich seit Jahrzehnten in einer
1282 strukturellen Finanzkrise, die unabhängig von konjunkturellen Schwankungen zu
1283 betrachten ist. Als Konsequenz aus der strukturellen Unterfinanzierung wird in den
1284 Kommunen die öffentliche Daseinsvorsorge kontinuierlich ausgedünnt und
1285 verantwortungsbewusstes kommunales Handeln dem Spardiktat untergeordnet.

1286

1287 Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE. Rheinland-Pfalz ein
1288 Zukunftsinvestitionsprogramm für den Erhalt und den Ausbau der kommunalen
1289 Infrastruktur. Durch Infrastrukturmaßnahmen, wie Gebäudesanierungen oder der
1290 dringend notwendigen Renovierung der Strom-, Gas- und Wasser- und
1291 Abwassernetze, entstehen gerade auch für mittelständische Unternehmen mehr
1292 Aufträge und wirtschaftliches Wachstum. Durch Investitionen in die kommunale
1293 Infrastruktur werden somit die Konjunktur belebt und Arbeitsplätze geschaffen.

1294

1295 Neben der kommunalen Infrastruktur sind Investitionen in Bildung, Erziehung und
1296 Wissenschaft genauso dringend erforderlich wie die Modernisierung des Landes
1297 durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung einer ökologischen
1298 Landwirtschaft und dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.

1299 Grundsätzlich wollen wir Finanzleistungen des Landes an die Kommunen als
1300 allgemeine Zuweisungen ohne Zweckbindung ausreichen, damit vor Ort selbstständig
1301 über die Mittelverwendung entschieden werden kann.

1302

1303 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

1304

- 1305 • ein Gemeindefinanzierungsgesetz, das eine bedarfsgerechte Finanzierung der
1306 Kommunen gewährleistet, wie es der rheinland-pfälzische
1307 Verfassungsgerichtshof verlangt hat
- 1308 • einen horizontalen, interkommunalen Finanzausgleich, landesgesetzlich
1309 gerechter gestaltete und angegliche Hebesätze für die Kommunalsteuern
1310 sowie staatliche Preiskontrollen für die Bereitstellung kommunaler Flächen.
- 1311 • eine Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Abschaffung der
1312 Schuldenbremse
- 1313 • die Abschaffung der Gewerbesteuerumlage auf Bundesebene
- 1314 • eine kommunale Investitionspauschale des Bundes für überschuldete und
1315 strukturschwache Kommunen
- 1316 • eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils an den
1317 Gemeinschaftssteuern
- 1318 • den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzierungssteuer
- 1319 •
- 1320 • deutlich mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer auf Landesebene und die
1321 jährliche Prüfung aller steuerpflichtigen Unternehmen

- 1322 • die Demokratisierung der Wirtschaft durch die Förderung von
1323 Beteiligungsmodellen und die Koppelung von Subventionen an
1324 Mitbestimmungsrechte der Belegschaften
- 1325 •
- 1326 • die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen – nicht umgekehrt.
1327 Deshalb sehen wir in der gezielten Förderung der Gemeinwirtschaft und
1328 regionaler Wirtschaftskreisläufe einen besonderen Schwerpunkt unserer
1329 Politik.
- 1330 • kleine und mittlere Unternehmen sowie das regional ansässige Handwerk als
1331 Basis und Rückgrat der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes besser zu
1332 fördern und die bisher eingerichteten Fonds und Programme in ihrem Volumen
1333 deutlich aufzustocken.
- 1334 • Business Improvement Distrikte (BID) aufgeschlossen, aber kritisch zu prüfen.
1335 Einzelhändler zu Werbegemeinschaften zusammenschließen, dabei
1336 Synergieeffekte zu nutzen und mit einem gemeinsamen Marketingkonzept
1337 Produkte zusammen mit ihrem Quartiersumfeld bewerben, kann sinnvoll sein.
1338 Wenn allerdings über die Errichtung von BIDs der öffentliche Raum und dessen
1339 Nutzung durch alle Menschen eingeschränkt werden soll oder Unternehmen
1340 willkürlich nach selbst geschaffenen Regeln Freiheits- und
1341 Versammlungsrechte zu Gunsten des Profits außer Kraft setzen wollen, wird
1342 dies auf entschiedenen Widerstand der LINKEN in Rheinland-Pfalz stoßen
- 1343 • Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, gezielt mit Hilfen des
1344 Landes zur Selbsthilfe zu unterstützen. Die Einrichtung eines Liquiditätsfonds
1345 und von Zins- und Darlehensmutorien ist zu prüfen und sollten bei der
1346 kommunalen Wirtschaftsförderung angesiedelt werden. Über die Vergabe von
1347 Fördermitteln sollen demokratisch legitimierte Gremien unter transparenten
1348 Bedingungen und unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entscheiden.
- 1349 • die Kommunalwirtschaft insgesamt zu stärken. Sie hat vor dem Hintergrund
1350 der Wirtschafts- und Finanzkrise an Bedeutung gewonnen. Kommunale
1351 Unternehmen, einschließlich der Sparkassen und Genossenschaftsbanken,
1352 haben einen enormen Vertrauenszuwachs erfahren. Es muss darauf hin
1353 gewirkt werden, dass sich öffentlich-rechtliche Kreditinstitute wieder verstärkt
1354 ihrem Kerngeschäft, der Kreditierung der lokalen Wirtschaft und der
1355 Kleinanleger, widmen. Insbesondere die Dispozinsen müssen deshalb
1356 flächendeckend gesenkt und langfristig gedeckelt werden. Dies dient auch
1357 dem Verbraucherschutz und dämmt den Anstieg der Verschuldung von
1358 Privathaushalten ein.
- 1359 • die kommunale Trägerschaft der Sparkassen zu erhalten und demokratische
1360 Kontrollinstrumente auszubauen
- 1361 • den Aufbau einer leistungsfähigen Versorgung des Landes mit Breitbandnetzen
1362 endlich zu forcieren und damit sowohl Handwerk und Gewerbe als auch

1363 privaten Nutzern den Zugang zu den Informationstechnologien zu ermöglichen

1364

1365

1366 **7) Energiewende**

1367

1368 Die Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien und die Abkehr von
1369 fossilen Brennstoffen sind ebenso wie der endgültige Ausstieg aus der Atomenergie
1370 eine Überlebensnotwendigkeit für die Menschheit. DIE LINKE will mit der
1371 Energiewende auch sicherstellen, dass der Energieverbrauch für die privaten
1372 Endverbraucher bezahlbar bleibt und diese nicht länger gezwungen werden, die
1373 Energiekosten ganz oder teilweise für die Privatwirtschaft zu tragen.

1374

1375 Zu den grundsätzlichen strategischen und politischen Weichenstellungen für eine
1376 sichere, bezahlbare und ökologisch sinnvolle Energieversorgung gehören die
1377 vollständige Rekommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter kommunaler
1378 Energieversorgungsunternehmen und die konsequente Fortsetzung der Energiewende
1379 unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle. Wir wollen eine dezentrale Energieerzeugung
1380 und -vermarktung durch kommunale Stadtwerke. Die Finanzierung der Energiewende
1381 soll nicht über Umlagen, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen erfolgen,
1382 die Stromsteuer und weiterer Energieabgaben für Endverbraucher gesenkt und die
1383 Wirtschaft angemessen an den Kosten des Netzausbaus beteiligt werden.

1384

1385 Dazu werden Bundesratsinitiativen des Landes Rheinland-Pfalz notwendig sein.

1386

1387 Eine entscheidende Rolle bei der Energiewende kommt der Nutzung von Windkraft
1388 zu. Soll Rheinland-Pfalz seine Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien
1389 umstellen, beträgt der Anteil der Windenergie mindestens 60 Prozent. Ohne den
1390 konsequenten Ausbau der Windkraft sind die vereinbarten Klimaziele deshalb nicht
1391 zu erreichen und eine Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien unmöglich.
1392 Deshalb muss die politische Debatte versachlicht und die Vorgaben des
1393 Landesentwicklungsentwicklungsplans erfüllt werden. Unter Beachtung der
1394 Interessen der Bürgerinnen und Bürger und den Erfordernissen des Natur- und
1395 Landschaftsschutzes sollen die Kommunen im Rahmen der kommunalen
1396 Selbstverwaltung die Entscheidungshoheit über die Errichtung von Windkraftanlagen
1397 eigenverantwortlich treffen. Wo Schutzzwecke von bewaldeten Kernzonen oder
1398 schützenswerte Kulturlandschaften im Konflikt mit der Windkraftnutzung stehen,
1399 muss nach Kompromissen gesucht werden und Windparks beispielsweise entlang
1400 von Straßen- oder Bahntrassen oder gewerblich genutzten Flächen errichtet werden.

1401

1402 Laut Medienberichten soll es im Nordpfälzer Bergland und im oberen Rheingraben
1403 Schiefergasvorkommen geben, die durch Fracking erschlossen werden könnten. Die

1404 BASF-Ludwigshafen hat dazu bereits 2013 in der Öffentlichkeit verkündet, dass das
1405 Unternehmen Fracking-Methoden erforschen wolle und den Einsatz von Fracking im
1406 In- und Ausland prüfe. Durch Fracking kommt es zu gesundheitsgefährdenden
1407 Einsätzen von hochgiftigen Chemikalien. Dadurch könnte insbesondere Trinkwasser
1408 verunreinigt und ungenießbar werden. DIE LINKE tritt deshalb für ein generelles
1409 gesetzliches Verbot von Fracking ein.

1410

1411 Weil die Energiewende bürgernah umgesetzt werden soll, wollen wir die kommunalen
1412 Energieversorger als demokratisch kontrollierte Partner der privaten Endverbraucher
1413 organisieren. Deshalb sollen die Kommunen ein sozial strukturiertes
1414 Sockeltarifmodell einführen, bei dem alle privaten Haushalte ein gebührenfreies
1415 Grundkontingent erhalten. Ein darüber hinausgehender Energieverbrauch wird mit
1416 stufenweise ansteigenden Tarifen bezahlt. Bis zur Realisierung dieses Konzepts ist die
1417 „Bestabrechnung“ wieder einzuführen.

1418

1419 Energie soll künftig möglichst dezentral erzeugt werden. Im Rahmen des Konzepts
1420 „Energie aus Bürgerhand“ soll das Land die Gründung und die Tätigkeit von örtlichen
1421 und regionalen Energiegenossenschaften fördern, die Wind- und Wasserkraft,
1422 Biomasse und Solartechnik als Grundlagen für die ökologisch zu erzeugende
1423 regenerative Energie nutzen.

1424

1425 Die Nutzung der Geothermie befindet sich auch in Rheinland-Pfalz noch im
1426 Versuchsstadium und ist in Bezug auf das Erdbebenrisiko nicht ausreichend
1427 abgesichert. Die Schließung der Versuchsanlage in Landau zeigt, dass das Stadium
1428 der praktischen Nutzbarkeit dieser Energieform noch nicht erreicht ist. DIE LINKE
1429 besteht darauf, dass auch bei zukünftigen Versuchsanlagen alle Gefahrenrisiken für
1430 Mensch und Umwelt ausgeschlossen werden.

1431

1432 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

1433

- 1434 • die dezentrale Energieerzeugung und -versorgung in Rheinland-Pfalz durch
1435 einen Mix aus 100 Prozent regenerativen Energien bis spätestens 2030.
- 1436 • alle Energieverbraucher in die dringend notwendige Energiewende
1437 einzubeziehen, ärmere private Haushalte zu entlasten sowie Strom- und
1438 Gassperren zu verbieten. Dazu soll ein sozialer Sockeltarif für Energie
1439 eingeführt werden, der ein Grundkontingent kostenlos zur Verfügung stellt und
1440 durch höhere Tarife für überdurchschnittliche Verbräuche kostenneutral
1441 gestaltet werden kann.
- 1442 • einen Zuschuss von 150 Euro als „Abwrackprämie“ für die Neuanschaffung
1443 elektrischer Großverbraucher für ärmere Haushalte
- 1444 • zur Unterstützung dringend notwendiger Energiesparmaßnahmen ein

1445 flächendeckendes Netzwerk von kompetenten Energiesparhelfern, die auf
1446 Wunsch private Haushalte in Energiefragen beraten.

1447 • die Förderung des sparsamen Umgangs mit Energie. Bei öffentlichen
1448 Neubauten streben wir mittelfristig Null-Emissionshäuser an.

1449 • die tabulose, kritische Überprüfung und Änderung der Regelungen zur
1450 Entlastung von Unternehmen mit hohem Strombedarf.

1451 Ausnahmegenehmigungen müssen Ausnahmen bleiben.

1452

1453

1454 **8) Demokratie und Teilhabe, Recht und Justiz**

1455

1456 Damit Rheinland-Pfalz demokratischer wird, müssen Quoren für Bürgerentscheide
1457 gesenkt, Ausschlusskataloge abgeschafft und auf allen Ebenen das Wahlalter auf 16
1458 Jahre abgesenkt werden: Es gibt keine Ausschlussgründe für demokratische
1459 Entscheidungen und ganz besonders die junge Generation soll mitentscheiden, wie
1460 ihr Land aussehen soll!

1461

1462 DIE LINKE unterstützt die Einführung von kommunalen Bürgerhaushalten in den
1463 Städten und Landkreisen, denn die Bürgerinnen und Bürger haben ein
1464 Mitspracherecht, wofür ihr Geld ausgegeben wird und wofür nicht. Direkte
1465 Demokratie und demokratische Mitbestimmung müssen insbesondere in die
1466 Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge Einzug halten. Um die Demokratie zu
1467 vollenden, muss die Gleichstellung der Geschlechter und Lebensweisen genauso wie
1468 die Gleichberechtigung unterschiedlicher Weltanschauungen, Religionen und der
1469 ethnischen Herkunft gewährleistet sein. Gelebte Demokratie kann sich nur auf
1470 gleicher Augenhöhe im gegenseitigen Respekt aller menschlichen Unterschiede
1471 entfalten.

1472

1473 Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung ist nicht der Aushöhlung
1474 durch Landesgesetze und Rechtsverordnungen preiszugeben. In unserem
1475 Selbstverständnis als demokratische Bürgerrechtspartei wenden wir uns gegen die
1476 fortschreitende Beschränkung von Grundrechten und unterstützen den weiteren
1477 Ausbau der Regelungen zur Informationsfreiheit: Die öffentliche Verwaltung muss
1478 transparenter werden, Entscheidungsgrundlagen sollen den Menschen kostenlos
1479 zugänglich gemacht werden.

1480

1481 Medien müssen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich allseitig zu
1482 informieren und zu äußern, sie müssen Aufklärungs-, Bildungs- und Kulturprozesse
1483 befördern. Zum Faktor demokratischer Meinungsbildung werden sie erst dann, wenn
1484 sie zur Kontrolle privater und staatlicher Macht und zur Beteiligung an politischen
1485 Entscheidungen befähigen. Wir fordern, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk

1486 gestärkt wird und im Bereich der neuen Rundfunkübertragungswege auch
1487 Möglichkeiten einer umfassenden Bestands- und Entwicklungsgarantie erhält.

1488

1489 Die schier unüberwindlichen Hürden für direkte Demokratie in der rheinland-
1490 pfälzischen Verfassung müssen bürgerfreundlicher und praxistauglicher gestaltet
1491 werden. Um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen, müssen beispielsweise
1492 wesentlich mehr Unterschriften gesammelt werden, als eine politische Partei
1493 Stimmen für die Überwindung der 5-Prozent-Hürde benötigt. Und selbst wenn es
1494 unter diesen demokratiefeindlichen Umständen zu einem Volksentscheid käme, so
1495 wäre dieser an ein Mindestbeteiligungsquorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten
1496 gebunden.

1497

1498 Auch auf kommunaler Ebene muss eine Bürgerbeteiligungskultur entwickelt und
1499 ausgebaut werden. Wir begrüßen die Aufnahme des sogenannten
1500 Ratsbürgerentscheids in die Gemeinde- und Landkreisordnung, wonach
1501 Gemeinderäte die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen können.

1502

1503 In den Kommunen werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die unser Leben
1504 unmittelbar berühren. Die Städte, Gemeinden und Kreise übernehmen zahlreiche
1505 Aufgaben in der Daseinsvorsorge. Wenn die Kommunen diese Aufgaben nicht mehr
1506 wahrnehmen können, bekommen das die Menschen zu spüren. Aufgrund der
1507 Steuerpolitik von SPD und Grünen, CDU und FDP stehen heute fast alle Kommunen
1508 vor dem finanziellen Ruin. Sie können ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen und
1509 verscherbeln mit der Privatisierung kommunalen Eigentums ihr Tafelsilber. Die
1510 Patentrezepte der neoliberalen Privatisierungsideologie haben sich für die meisten
1511 Kommunen als Flop erwiesen. Cross-Border-Leasing-Modelle haben sich ebenso wie
1512 „Public-privat-partnership“-Projekte als unsolide und sehr teuer erwiesen. Die
1513 öffentliche Daseinsvorsorge wird ausgedünnt: Schwimmbäder werden abgerissen,
1514 Bibliotheken, Theater, Museen schließen, andere öffentliche Einrichtungen
1515 insbesondere die Betriebe zur öffentlichen Daseinsvorsorge werden privatisiert.
1516 Kommunale Straßen gleichen Schlaglochpisten, Innenstädte verfallen, die
1517 Kanalisation und das Stromnetz sind marode und drohen in absehbarer Zeit
1518 zusammen zu brechen. Die öffentliche Verwaltung wird ausgedünnt, soziale
1519 Dienstleistungen zurückgefahren und Vereinen aus Kultur und Sport werden die
1520 Zuwendungen gestrichen. Gerade in den ländlich geprägten Regionen fehlt es
1521 zunehmend an grundlegenden Einrichtungen für die Aufrechterhaltung von
1522 öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Bildung. DIE
1523 LINKE tritt für bezahlbare Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen
1524 Gütern und Dienstleistungen ein.

1525 Ein Frontalangriff gegen die öffentliche Daseinsvorsorge wird durch die
1526 Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA geführt. Sie stellen einen massiven Eingriff in

1527 die kommunale Gestaltungshoheit und unsere kommunale Selbstverwaltung dar.
1528 Derzeit finden zwischen der EU, USA und Kanada Geheimverhandlungen zum
1529 Freihandelsabkommen TTIP (EU-USA), zum Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA
1530 (EU-Kanada) und zum Handel mit Dienstleistungen TiSA (EU-multilateral) statt – unter
1531 Ausschluss der Öffentlichkeit. Obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind,
1532 werden die kommunalen Spitzenverbände nicht in die Verhandlungen eingebunden.
1533 Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie. Vielmehr muss die
1534 Einbeziehung in die Verträge so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit
1535 gegeben ist. Im Zentrum der TTIP-Verhandlungen steht das gegenseitige Absenken
1536 von „nichttarifären Standards“ im ökologischen und sozialen Bereich. Gegen solche
1537 so genannte Handelshemmnisse sollen Konzerne aus Gründen des
1538 Investitionsschutzes ein Sonderklagerecht erhalten. Es ist daher zu befürchten, dass
1539 politische Gremien durch milliardenschwere Entschädigungsklagen erfolgreich
1540 eingeschüchtert werden, so dass flächendeckende Tarifverträge, ein gesetzlicher
1541 Mindestlohn, gesetzlich garantierte Sozialleistungen unter einem noch größeren
1542 Rechtfertigungsdruck stehen als heute. Damit verbunden ist eine weitere
1543 Privatisierungswelle im öffentlichen Sektor, von der beispielsweise auch die
1544 kommunalen Energieversorger betroffen sein könnten. Alle drei Handelsabkommen
1545 enthalten sowohl eine Stillstands- als auch eine sogenannte Ratchetklausel. Die
1546 Stillstandsklausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung
1547 dieser nie wieder aufgehoben werden darf. Die Ratchetklausel besagt, dass
1548 öffentlich-rechtliche Unternehmen, wie etwa kommunale Stadtwerke, die einmal von
1549 einem privaten Investor gekauft wurde, niemals wieder rekommunalisiert werden
1550 dürfen. Mit diesen „Ewigkeitsrechten“ werden demokratische Entscheidungen in
1551 diesen Bereichen faktisch abgeschafft und die öffentliche Daseinsvorsorge privaten
1552 Profitinteressen untergeordnet. Für den öffentlichen Dienstleistungssektor wird ein
1553 "allgemeines wirtschaftliches Interesse" deklariert. Dadurch werden die
1554 Gebietskörperschaften gezwungen, diese gemäß der vorgesehenen
1555 "Marktzugangspflichtung" im Wettbewerbsverfahren – möglicherweise künftig
1556 weltweit - auszuschreiben. Diese Marktzugangspflichtung untersagt lokale
1557 Monopole und ausschließlich kommunale Dienstleistungserbringer. Somit würde
1558 einer Kommune zwar nicht vorgeschrieben, wie sie die öffentliche Daseinsvorsorge zu
1559 erbringen hat. Die Marktzugangspflichtung könnte jedoch dazu führen, dass neben
1560 den kommunalen auch private Unternehmen die Daseinsvorsorgeaufgaben
1561 wahrnehmen können müssen und Rechtsform einschränkungen für die Erbringung
1562 nicht zulässig sind. Daher ist es wichtig, sicherzustellen, dass die Bereiche der
1563 kommunalen Daseinsvorsorge prinzipiell nicht von einer transatlantischen Handels-
1564 und Investitionspartnerschaft erfasst sind.
1565 Die Versuche der Landesregierung, eine tiefgreifende Kommunal- und
1566 Verwaltungsreform durchzuführen, sind vor Ende der Landtagslegislaturperiode nicht
1567 einmal bis zur „Halbwegmarkierung“ gediehen und müssen deshalb als gescheitert

1568 angesehen werden. Nur punktuelle Gebietsveränderungen lehnt DIE LINKE ebenso ab
 1569 wie kreisübergreifende Fusionen von Verbandsgemeinden, weil gerade diese die
 1570 sozialen Bezüge zwischen den Einwohnerinnen und Einwohnern häufig nicht
 1571 berücksichtigen. Wir halten daran fest, dass kommunale Gebietsveränderungen stets
 1572 im Rahmen eines Gesamtkonzeptes und unter intensiver Einbeziehung aller
 1573 betroffenen Gebietskörperschaften und Bewohner zu diskutieren sind. Die
 1574 Notwendigkeit veränderter Gebietszuschnitte bemisst DIE LINKE allein daran, ob die
 1575 davon unmittelbar Betroffenen darin eine Stärkung ihrer bürgerschaftlichen
 1576 Mitentscheidungsmöglichkeiten erkennen können. Deshalb will DIE LINKE unbedingt
 1577 vor jeder Entscheidung mit den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern vor Ort
 1578 ins Gespräch kommen, um gemeinsam herauszufinden, ob und unter welchen
 1579 Umständen die Gebiets- und Verwaltungsreform weitergeführt werden soll. Unser
 1580 Mittel der Wahl für eine Kommunalreform heißt Bürgerentscheid!

1581

1582 **Sicherheit für und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger**

1583 Statt Videoüberwachung öffentliche Plätze, Schulen und in öffentliche Verkehrsmittel
 1584 wollen wir mehr Personal bei Polizei und kommunalen Ordnungsdiensten, um
 1585 gesellschaftlich notwendige öffentliche Ordnung und Sicherheit für die Bürgerinnen
 1586 und Bürger sicherzustellen. Denn der Stellenabbau der letzten Jahre hat dazu geführt,
 1587 dass die Polizei ihre Aufgaben oft nur noch bedingt erfüllen kann.

1588 Für Sicherheit und Ordnung ist die Polizei zuständig, die Übertragung solcher
 1589 Aufgaben auf private Sicherheitsdienste lehnen wir ab. Wir wollen mehr Fortbildung
 1590 für Polizeibeamte ein und sprechen uns gegen Bürgerwehren und freiwillige
 1591 Polizeidienste aus.

1592

1593

1594 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

1595

- 1596 • die Landesregierung auf, sich klar gegen TTIP, CETA und TiSA zu positionieren.
 1597 DIE LINKE setzt sich zusammen mit der außerparlamentarischen Bewegung für
 1598 fairen Handel zum Wohl der Menschen unter demokratischen und
 1599 transparenten Bedingungen ein
- 1600 • Sicherung und Ausbau der kommunalen Daseinsvorsorge und will die hierfür
 1601 notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schaffen. Wir
 1602 fordern ein Zukunftsinvestitionsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz für den
 1603 Ausbau und die Sanierung der öffentlichen Wasserversorgung, der Strom – und
 1604 Erdgasnetze, der Abwasserbeseitigungsanlagen und anderer
 1605 Infrastruktureinrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 1606 • bereits privatisierte oder teilprivatisierte Unternehmen der Gas-, Wasser-, und
 1607 Elektrizitätsversorgung, der Müllabfuhr, der Abwasserbeseitigung, privatisierte
 1608 Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser und Betriebe im Verkehrs-

- 1609 und Beförderungswesen wieder in öffentliches Eigentum zu überführen und
1610 damit unter demokratische Kontrolle zu stellen
- 1611 • “Public-privat-partnership” (ppp)-Projekte nicht weiter zu verfolgen, weil sie
1612 teuer und ohne demokratische Gestaltung und Kontrolle verwirklicht werden
 - 1613 • mehr Transparenz und Öffentlichkeit in allen Phasen der
1614 Entscheidungsvorbereitung sowie Teilhabe an Entscheidungen im Rahmen der
1615 repräsentativen Demokratie oder in Form direkter Demokratie
 - 1616 • das Konzept der »Gläsernen Rathäuser und Kreisverwaltungen« zu
1617 intensivieren, denn mehr Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit sind eine
1618 wesentliche Voraussetzung für die tatsächliche kommunale Selbstverwaltung.
 - 1619 • das kommunale Satzungsrecht zu stärken und eine verbindliche Beteiligung der
1620 Einwohnerschaft zu sichern
 - 1621 • Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene und die frühzeitige Einbeziehung der
1622 Menschen insbesondere in kommunale Planungsvorhaben
 - 1623 • die Mitwirkung der Bürgerschaft bei Haushaltsentwürfen gesetzlich zu regeln
1624 und die öffentliche Rechenschaftslegung über den laufenden Haushaltsvollzug
1625 sowie die Offenlegung aller Berichte der örtlichen und überörtlichen
1626 Kommunalprüfungen sicherzustellen
 - 1627 • die Verringerung der Zahl notwendiger Unterschriften auf 10.000 für
1628 Volksinitiativen
 - 1629 • die freie Sammlung von 100.000 Unterschriften in 4 Monaten für
1630 Volksbegehren. Unterschriftsberechtigt soll jede und jeder sein, die/der das
1631 16. Lebensjahr vollendet und mindestens für die Dauer von 6 Monaten ersten
1632 Wohnsitz in Rheinland-Pfalz hat
 - 1633 • die Absenkung der Unterschriftsquoren auf 4% der Wahlberechtigten beim
1634 Bürgerbegehren und die ersatzlose Streichung der Mindestbeteiligungsquoren
 - 1635 • die ersatzlose Streichung der Ausnahmetatbestände bei Bürgerbegehren und
1636 Bürgerentscheiden
 - 1637 • das kommunale Wahlrecht für alle Menschen ohne deutschen Pass, die
1638 mindestens 6 Monate ihren Erstwohnsitz in der Kommune haben
 - 1639 • das generelle Verbot von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, bei
1640 Versammlungen und Demonstrationen
 - 1641 • das Verbot von Agents Provocateurs und Polizeikesseln
 - 1642 • die Auflösung der Verfassungsschutzbehörde dafür den Aufbau einer
1643 Landesstelle für Demokratie und Bürgerrechte
 - 1644 • die Gewährleistung unabhängiger, umfassender, unmittelbarer und
1645 unparteiischer Untersuchungen, wenn Polizisten Menschenrechtsverletzungen
1646 vorgeworfen werden
 - 1647 • ein Verbot des Tragens von Schusswaffen im alltäglichen Streifendienst sowie
1648 bei Demonstrationen und Großveranstaltungen.
- 1649

1650

1651 **9. Integration und Flüchtlinge**

1652

1653 **Kein Mensch ist illegal**

1654

1655 Die Situation mit über zwei Millionen Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien, die
1656 unveränderte Kriegssituation in Afghanistan, die Verfolgung von Frauen,
1657 Genitalverstümmelung wegen sogenannter Ehr-Verstöße, existenzbedrohende
1658 Diskriminierung der Roma in den Balkanstaaten, konfrontieren die reichen Staaten
1659 der Europäischen Union mit den Folgen ihrer eigenen Politik. Wir fühlen uns an die
1660 humanistische Aufgabe, die Verpflichtung zum Schutz von Menschen vor Krieg,
1661 Verfolgung und menschenunwürdigen Lebensbedingungen, gebunden. Grundsätzlich
1662 müssen die Fluchtursachen Krieg, Vertreibung, Verfolgung und soziale Notlagen und
1663 nicht die Flüchtlinge bekämpft werden. DIE LINKE. Rheinland-Pfalz wird sich dafür
1664 einsetzen, dass für Flüchtlinge legale und sichere Fluchtwege geschaffen werden.
1665 Flüchtlinge sind nach einem ausgewogenen, gerechten und anhand der
1666 volkswirtschaftlichen Leistungskraft nachvollziehbaren Schlüssel auf alle Staaten der
1667 europäischen Union gleichmäßig zu verteilen. Für Staaten in sozialen und
1668 wirtschaftlichen Krisen sind Ausnahmeregelungen zu schaffen.
1669 Gerade waffenexportierende Länder wie Deutschland tragen eine bedeutende
1670 Mitverantwortung für Kriege, Hunger und Armut. Das setzt uns in die Verpflichtung,
1671 Menschen, die vor diesen Zuständen fliehen, Schutz vor Gewalt, Verfolgung und
1672 menschenunwürdigen Lebensbedingungen zu gewähren. Doch stattdessen wird in
1673 Deutschland eine Flüchtlingspolitik betrieben, die auf Ausgrenzung und Repression
1674 basiert.

1675

1676 Auch Rheinland-Pfalz bietet keine Ausnahme. Wir werden die Wiedereinführung der
1677 Residenzpflicht für Asylbegehrende und Geduldete entschieden entgegen treten. Wir
1678 wollen nicht, dass Flüchtlinge in überfüllte Aufnahmeeinrichtungen oder
1679 behelfsmäßige Notunterkünfte gepfercht werden, wo sie unter menschenunwürdigen
1680 Bedingungen leben und teilweise sogar unter freiem Himmel übernachten müssen.
1681 Stattdessen wollen wir, dass zehntausende, oft aus Spekulationsgründen
1682 leerstehende Wohnungen zur dezentralen und sozial integrierenden Unterbringung
1683 genutzt werden. Auf dem Wohnungsmarkt darf keine Konkurrenzsituation entstehen,
1684 in der unterschiedliche sozial ausgegrenzte Gruppen gegeneinander ausgespielt
1685 werden. DIE LINKE fordert deshalb eine Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und
1686 ein ausreichendes Angebot günstigen Wohnraums für alle Menschen mit niedrigem
1687 Einkommen.

1688

1689 Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen für eine gute Aufnahme von Flüchtlingen
1690 müssen systematisch gestärkt werden, strukturell, ideell und finanziell. Andererseits

1691 dürfen dringend notwendige staatliche Aufgaben, etwa die qualifizierte psychosoziale
1692 Betreuung und Behandlung traumatisierter Flüchtlinge, nicht hierfür nicht
1693 ausgebildeten Helferinnen und Helfern überlassen bleiben. Das Land und die
1694 Kommunen stehen in der Pflicht, eigene Konzepte für die Aufnahme von Flüchtlingen zu
1695 entwickeln, statt diese Aufgaben auf Ehrenamtliche abzuwälzen.
1696

1697 Refugees haben weder freien Zugang zu Gesundheitsversorgung noch zu
1698 psychologischer Betreuung oder kulturellen sowie Bildungsangeboten. Auch vom
1699 Arbeitsmarkt sind sie ausgeschlossen. Schutzsuchende sind in Deutschland nicht nur
1700 Menschen zweiter, sondern dritter Klasse. Statt die Flüchtenden zu bekämpfen,
1701 müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Menschen, die zu uns fliehen, dürfen
1702 nicht gegeneinander ausgespielt werden. Diskriminierte, rassistisch und sozial
1703 ausgegrenzte Roma vom Westbalkan brauchen Schutz. Gerade die Bundesrepublik
1704 Deutschland steht hier in einer historischen Verantwortung. DIE LINKE Rheinland-
1705 Pfalz spricht sich daher entschieden gegen eine Unterscheidung zwischen „guten“
1706 und „schlechten“ Flüchtlingen aus und ächtet einen sich ausbreitenden
1707 Nützlichkeitsrassismus. Zuwanderung stellt eine Chance für Rheinland-Pfalz dar, die
1708 wir nur nutzen können, wenn die Menschen als gleichwertig anerkannt werden und
1709 einen vollständigen Zugang zu sozialen und politischen Ressourcen erhalten, DIE
1710 LINKE Rheinland-Pfalz setzt sich grundsätzlich für eine humane Asyl- und
1711 Flüchtlingspolitik ein.
1712

1713 DIE LINKE fordert daher die schnellstmögliche Verteilung von Flüchtlingen und
1714 AsylbewerberInnen von den Erstaufnahmestellen auf die Kommunen und dezentrale,
1715 menschenwürdige Unterbringung sowie die bundesweite Aufhebung der
1716 Residenzpflicht. Wir wollen das Zwangsverteilungssystem von Menschen, den
1717 sogenannten „Königsteiner Schlüssel“, beenden. So können Flüchtende bei
1718 Bekannten und Verwandten unterkommen und schnelle Aufnahme in die Gesellschaft
1719 finden. Um die Kommunen zu entlasten, muss der Bund vollständig die Kosten für
1720 Aufnahme und Versorgung der Flüchtenden übernehmen. Wir wollen kostenfreie
1721 Sprachkurse für Flüchtlinge, insbesondere für Kinder, damit diese erfolgreich am
1722 deutschen Bildungssystem teilhaben können, hierzu gehört auch, insbesondere auf
1723 dem Land mit Fahrdiensten oder der kostenlosen Nutzung von Bus und Bahn
1724 sicherzustellen, dass Flüchtlinge tatsächlich Sprachkurse besuchen können. Wir
1725 wollen Handlungsleitfäden und zusätzliches, kompetentes Personal für Schulen und
1726 Kindergärten, um Flüchtlingskinder integrieren und fördern zu können.
1727 Wir plädieren für die Einführung einer Gesundheitskarte zur medizinischen
1728 Vollversorgung nach den Bestimmungen des Sozialgesetzbuches und für die
1729 Abschaffung der Zuständigkeit der kommunalen Sozialbehörden für die Ausstellung
1730 von Behandlungsscheinen für Asylsuchende.
1731 Wir wollen auf den hohen Anteil psychosomatischer und traumatischer Erkrankungen

1732 und auf den Beratungsbedarf von Flüchtlingen durch entsprechende Angebote der
1733 psychiatrischen Landeskliniken und vor Ort reagieren.

1734

1735 DIE LINKE fordert ein Aufnahmegesetz für Flüchtlinge, das bundesweit einheitliche
1736 und gemeinsame Standards und Verfahren für die Flüchtlingsaufnahme festlegt.

1737 Hierfür ist eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz

1738 dringend geboten

1739

1740

1741 **Entschieden gegen Faschismus und Nationalismus**

1742

1743 Die LINKE Rheinland-Pfalz tritt aktiv jeglicher Form von Faschismus,

1744 Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie, sowie

1745 sämtlichen anderen Formen von Menschenfeindlichkeit entgegen. Auch der

1746 Diskriminierung von Menschen muslimischen Glaubens erteilen wir eine Absage.

1747

1748 Wir setzen uns für die Verankerung einer antifaschistischen Klausel in der

1749 rheinlandpfälzischen Verfassung ein, welche die Verpflichtung aller staatlichen

1750 Gewalt und die Verantwortung aller umfasst, der Wiederbelebung oder Verbreitung

1751 nationalsozialistischen Gedankenguts, der Verherrlichung des nationalsozialistischen

1752 Herrschaftssystems und rassistischen oder antisemitischen Aktivitäten entschlossen

1753 entgegenzutreten.

1754

1755 Rechtes Gedankengut ist auch in Rheinland-Pfalz auf dem Vormarsch. Durch

1756 Sozialabbau und prekäre Lebensverhältnisse verunsichert, sind viele BürgerInnen

1757 empfänglich für faschistische Ideologien und eine Weltanschauung, die

1758 gesellschaftlicher Minderheiten ausgrenzen will. Um dieser bedenklichen Entwicklung

1759 wirksam begegnen zu können, bedarf es zuallererst eines gesellschaftlichen Klimas,

1760 welches vor allem von Mitbestimmung und Demokratie, sozialer Teilhabe sowie der

1761 Wahrung von Menschenrechten geprägt ist.

1762

1763 Des Weiteren müssen wir eine Gedenkkultur fördern, die offensiv in die Gesellschaft

1764 wirkt, die junge Generation anspricht und aufklärt und dadurch die persönliche

1765 Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus fördert.

1766 Nur so können erkennbar menschenfeindliche Tendenzen wirksam in der Gesellschaft

1767 bekämpft werden.

1768

1769 **Deshalb fordert DIE LINKE Rheinland-Pfalz:**

1770

- 1771 • das NPD-Verbotsverfahren rechtssicher abzuschließen und konsequent
1772 umzusetzen. Ein Verbotsverfahren gegen den sogenannten „Dritten Weg“ soll

- 1773 eingeleitet und dafür die notwendigen Voraussetzungen durch die
 1774 Innenminister der Länder geschaffen werden
- 1775 • die sichere Finanzierung von Vereinen, Initiativen und bewährten
 1776 zivilgesellschaftlichen Modellen gegen die Verbreitung von faschistischem und
 1777 rassistischem Gedankengut, dementsprechend wollen wir den auf die
 1778 Totalitarismustheorie aufbauenden »Extremismusbegriff« aus den
 1779 Handlungsanweisungen von Justiz, Polizei und Verwaltung streichen
 - 1780 • die Einrichtung von Beratungsstellen in allen kommunalen Verwaltungen,
 1781 welche auf wissenschaftlich fundierter Basis Unterstützungsarbeit für
 1782 zivilgesellschaftliche Akteure gegen Faschismus und Rassismus leisten die
 1783 Abschaffung des Verfassungsschutzes, der sich wiederholt als unfähig
 1784 erwiesen hat, rechtsradikale Entwicklungen zu erkennen und wirksame
 1785 Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Eine demokratische Gesellschaft braucht
 1786 keinen Geheimdienst zum Schutz der Demokratie, dessen Versagen und
 1787 direkte Verwicklung in faschistische Aktivitäten spätestens seit dem NSU-
 1788 Skandal offenkundig ist die Anpassung des Asylbewerberleistungsgesetzes an
 1789 die Sozialleistungen des SGB II und SGB XII.
 - 1790 • die unmittelbare Integration von AsylbewerberInnen in den Arbeitsmarkt.
 - 1791 • den uneingeschränkten Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und den
 1792 sozialen Sicherungssystemen.

1793

1794 **10. Frieden und Europa**

1795

1796 Mehr als fünfundzwanzig Jahre nach Ende des kalten Kriegs ist Rheinland-Pfalz noch
 1797 immer "NATO-Flugzeugträger" und beherbergt mit Ramstein und Spangdahlem nicht
 1798 nur zwei, für den weltweiten agierenden Imperialismus wichtige strategische
 1799 Stützpunkte der US-Luftwaffe, sondern mit dem Tornado-Fliegerhorst in Büchel/Eifel
 1800 auch den vermutlich einzigen deutschen Atombombenstandort.

1801

1802 In Bezug auf die Plenardebatte des Landtags im Sommer 2005 muss DIE LINKE mehr
 1803 als zehn Jahre später mit Betroffenheit feststellen, dass hinsichtlich des Abzugs der
 1804 Atombomben aus Büchel immer noch nichts geschehen ist und die rot-grüne
 1805 Landesregierung sich offenbar zu nichts verpflichtet fühlt, obwohl sich die
 1806 Kriegsgefahr auch in Europa durch die Ukraine Krise vervielfacht hat und sich die
 1807 NATO unter aktiver Beteiligung der schwarz-roten Bundesregierung anschickt, einen
 1808 neuen Kalten Krieg vom Zaun zu brechen. Wir fordern deshalb erneut den Abzug und
 1809 die Vernichtung der in Büchel in der Eifel stationierten atomaren
 1810 Massenmordsysteme, die unser Leben und die Zukunft unserer Kinder und
 1811 Enkelkinder und so vieler anderer Menschen bedrohen. Nachdem jahrzehntelang
 1812 viele Milliarden Steuergelder in Rheinland-Pfalz für Militärflughäfen,
 1813 Militärstützpunkte und militärische Anlagen aller Art sinnlos verschwendet wurden,

1814 lässt die rot-grüne Landesregierung die weit über ihre Kräfte in Mitleidenschaft
1815 gezogenen und in Bezug auf die zivile Infrastruktur besonders benachteiligten
1816 Kommunen mit den Folgen der Änderung der Militärstrategie und der Schließung von
1817 Militärstandorten einfach im Stich. Deshalb verlangt DIE LINKE vom Land eine
1818 erheblich stärkere Förderung der betroffenen Kommunen bei der Konversion
1819 militärischer Liegenschaften und Einrichtungen in zivile Nutzung und den schnellen,
1820 und nachhaltigen Aufbau einer zivilen und friedlichen Infrastruktur.

1821

1822 Entgegen der mutlosen und opportunistischen Politik der Landesregierung besteht
1823 DIE LINKE gemeinsam mit den Friedensinitiativen im ganzen Land darauf, dass
1824 unsere Schulen, Bildungs- und Sozialeinrichtungen und auch die Jobcenter nicht
1825 länger zum „Werben fürs Sterben“ missbraucht werden. Wir verurteilen die
1826 stillschweigende Unterstützung der Landesregierung für die sich regelmäßig
1827 wiederholenden, so genannten Offene-Tür-Veranstaltungen der US-Luftwaffe in
1828 Ramstein und Spangdahlem, weil dort Kinder in einer nur aus totalitären Staaten
1829 bekannten Weise unter Missbrauch der kindlichen Neugier und Unbefangenheit
1830 gegenüber den barbarischsten Mord- und Tötungsinstrumenten desensibilisiert und
1831 für militaristisches Denken und Handeln vorbereitet werden.

1832

1833 DIE LINKE hält daran fest, dass nie wieder Krieg von unserem Land ausgehen darf:
1834 Weder in Bezug auf die Vorbereitung und die Produktion von Waffen, noch bei
1835 Transportleistungen, wie bei der heimlichen Remilitarisierung des Hunsrückairports
1836 Hahn. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz seine internationale Verantwortung allein
1837 durch soziale, medizinische und technische zivile Hilfen wahrnimmt, und wir wollen
1838 weiterhin, dass unser Bundesland zu einer der ersten Adressen der internationalen
1839 Entwicklungszusammenarbeit werden kann.

1840

1841 **Für ein Europa des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit**

1842

1843 Die Europäische Union ist ein solches Europa nicht: Die EU basiert auf Verträgen, die
1844 vor allem die Interessen der Unternehmen im Blick haben. Die Krisenpolitik der Troika
1845 hat diese Probleme verschärft. Wir streiten für ein Europa, das aus dem Klammergriff
1846 der Finanzmärkte und der Kürzungspolitik befreit wird. Für die Verteilung des
1847 gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten. Wir wollen die Rechte der
1848 Beschäftigten, der Erwerbslosen, der Rentnerinnen und Rentner stärken - für ein
1849 gutes Leben für alle in Europa. Für ein Europa, in dem die Menschen und die
1850 Bevölkerungen nicht gegeneinander gestellt und die natürlichen Lebensgrundlagen
1851 nicht zerstört werden - für ein Europa der solidarischen Nachbarn, in dem Krieg und
1852 Waffenexporte geächtet werden. Wir kämpfen zusammen mit Allen, die einen
1853 Neustart der Europäischen Union wollen - demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich.

1854

1855 Die Politik der Europäischen Union hat entscheidenden Einfluss auf Rheinland-Pfalz.
 1856 Rund 80 Prozent des kommunalpolitischen Handelns wird von Beschlüssen auf
 1857 europäischer Ebene vorgegeben. Diese Beschlüsse bestimmen deshalb maßgeblich
 1858 die Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in den rheinland-pfälzischen
 1859 Kommunen und haben direkten Einfluss auf die Lebensumstände der Menschen vor
 1860 Ort. Deshalb ist es unabdingbar, dass die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz,
 1861 Deutschland und in allen anderen europäischen Staaten ihre Rolle als
 1862 demokratischer Souverän aller politischen Entscheidungen erkennen, annehmen und
 1863 umsetzen.

1864 Wir fordern eine umfassende Stärkung der Rechte des Europaparlaments- vor allem
 1865 der Haushaltsrechte - und verbindliche Mitspracherechte der nationalen und
 1866 regionalen Parlamente im Vorfeld europäischer Entscheidungen. Die grundlegenden
 1867 Konstruktionsfehler der Europäischen Union müssen beseitigt werden. Neben der
 1868 Wirtschaftsunion brauchen wir eine Sozial - und Rechtsunion mit einer einheitlichen
 1869 Sozial- und Steuergesetzgebung, die letztlich in die Vereinigten Staaten von Europa
 1870 mündet.

1871

1872 Dies war die Grundidee, die nach den Kriegen des 20. Jahrhunderts die Menschen in
 1873 Europa zu einem Umdenken veranlasste und zu einem friedlichen und solidarischen
 1874 Miteinander führen sollte. Die herrschende Politik des 21. Jahrhunderts hat diese
 1875 Grundidee zu Gunsten eines neoimperialistischen, zügellosen Kapitalismus an die
 1876 Banken und Konzerne verkauft. Wir wollen dafür streiten, der Europäischen Idee
 1877 wieder Geltung zu verschaffen.

1878

1879

1880

1881 **DIE LINKE Rheinland-Pfalz fordert:**

1882

- 1883 • den vollständigen Abzug von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen
 1884 aus Rheinland-Pfalz
- 1885 • die Konversion der Airbase Ramstein.
- 1886 • den Ausbau und die konsequente Förderung von Konversionsmaßnahmen in
 1887 den Kommunen
- 1888 • Die Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung
- 1889 • die Anwerbeversuche der Bundeswehr in Schulen, Berufskollegen, Jobcentern
 1890 und Arbeitsagenturen zu beenden: Kein Werben fürs Sterben!
- 1891 • keine Subventionen und Fördergelder an Firmen und Konzerne in Rheinland-
 1892 Pfalz, die an Rüstungsforschung und Herstellung von Rüstungsgütern und
 1893 Kampfstoffen beteiligt sind
- 1894 • die Förderung und Anerkennung rheinland-pfälzischer Friedensinitiativen als
 1895 Kooperationspartner der Landesregierung mit beratender Funktion bei Fragen

- 1896 der Entmilitarisierung, der Konversion und dem Schutz der Bevölkerung vor
 1897 Lärm-, Luft- und Bodenverschmutzung durch militärische Übungseinsätze
 1898 • den Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen, die Ausbildung
 1899 von Fachkräften für den zivilen Friedensdienst, freiwillige Friedensdienste für
 1900 Jugendliche und Erwachsene sowie den Ausbau internationaler Begegnungen
 1901 und Städtepartnerschaften
 1902 • keine Inlandseinsätze der Bundeswehr. Wir wehren uns gegen den Einsatz von
 1903 Soldaten bei Demonstrationen, Fußballspielen und Großveranstaltungen. Die
 1904 Vermischung der Zuständigkeiten von Polizei und Militär ist ein Bruch unserer
 1905 Verfassung
 1906 • ein soziales, demokratisches und friedliches Europa
 1907 • eine umfassende Stärkung der Rechte des Europaparlaments (Haushalt) und
 1908 verbindliche Mitspracherechte der nationalen und regionalen Parlamente im
 1909 Vorfeld europäischer Entscheidungen.
 1910 • Europa wieder nach dem Gründungskonsens zu organisieren: Demokratisch,
 1911 friedlich und sozial

1912

1913

1914 Nachwort

1915

1916

1917 **Für den demokratischen Sozialismus !**

1918

1919 All unsere Forderungen sind wichtige Schritte zu einer sozialeren, gerechteren und
 1920 friedlicheren Gesellschaft. Ausbeutung, Repression, Umweltzerstörung und Krieg
 1921 werden durch Veränderungen, die in Parlamenten beschlossen werden, bestenfalls
 1922 gemildert, nie aber überwunden werden. Denn die Missstände, denen unsere
 1923 Gesellschaft gegenübersteht, sind dem kapitalistischen Wirtschaftssystem
 1924 geschuldet: Alles und jedeR wird zur Ware und unter dem Kriterium seiner bzw. ihrer
 1925 Profitträchtigkeit bewertet und behandelt – was dazu führt, dass ein Großteil der
 1926 Menschen VerlierInnen in diesem System sind. Ihnen wird demokratische und soziale
 1927 Teilhabe verwehrt und somit ein menschenwürdiges Leben unmöglich gemacht.
 1928 Profitstreben führt zu Armut und Zerstörung von Mensch und Natur, weil auf ihre
 1929 Kosten der Profit gemacht wird.

1930

1931 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen friedlich, frei, gesund und
 1932 gleichberechtigt leben können. Weil uns der Kapitalismus Menschenwürde,
 1933 Gerechtigkeit, intakte Natur, Freiheit, Demokratie und Gleichberechtigung nicht
 1934 geben kann, ist für uns klar: Dieses System gehört überwunden. Stattdessen treten
 1935 wir demokratischen Sozialismus ein, in dem nicht der Profit, sondern allein die
 1936 Bedürfnisse von Menschen und Natur im Zentrum stehen. Die

- 1937 Überwindung des Kapitalismus, die Entwicklung zu einer demokratischen Wirtschaft,
1938 die Selbst- und Mitbestimmung ermöglicht und durch alle Menschen organisiert und
1939 reguliert wird, wäre ein Fortschritt, der es allen Menschen endlich erlaubt, frei zu
1940 denken und zu handeln.
- 1941 Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn die Menschen frei von ökonomischen
1942 Zwängen sind – und das Kapital auch in der Politik keinen Einfluss mehr hat.
- 1943
- 1944 Unser Ideal wird im Landtag nicht vollkommen verwirklicht werden können, aber wir
1945 können dort konkrete Verbesserungen der Lebenssituationen der Menschen
1946 bewirken. Gleichzeitig aber wollen wir außerhalb des Parlaments zusammen mit
1947 sozialen Bewegungen und den Menschen für den Systemwechsel kämpfen. Nur eine
1948 lebendige Protestkultur kann dem Kapitalismus Druck machen und uns in die Lage
1949 bringen, ihn zu überwinden. Dadurch schaffen wir eine Ordnung, die Ausbeutung,
1950 Unterdrückung und Krieg ein Ende setzt.
- 1951
- 1952 Die Gesellschaft ist von Menschen gemacht und kann auch von ihnen verändert
1953 werden. Es reicht nicht aus, von einer besseren Welt zu reden. Wir, DIE LINKE,
1954 streiten auf der Straße wie in den Parlamenten für eine gerechte und solidarische
1955 Gesellschaft, in der menschliche Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen.